Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 30. Dez. bis 5. Jan. 55 Goldpfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 3. Freitag, 4. Januar 1924. 31. Jahrgang.

Ja!

Dr. L. Lübeck, 4. Januar.

Der Wahlkampf drängt nunmehr zum Höhepunkt. Der heutige Abend bringt noch eine ganze Reihe von Wahlversammlungen. Die sozialdemokratische Partei hat drei öffentliche Volksversammlungen einberufen, ins Gewerkschaftshaus, ins Kolosseum und ins Konzerthaus Lübeck (Frauenversammlung). Die bürgerlichen Parteien halten heute abend einen geschlossenen Gesellschaftszirkel ab. Nur geladene Gäste werden zugelassen!

Zum Wahlkampf selbst ist nicht mehr viel zu sagen. Die Stimmung in der Arbeiterschaft ist ausgezeichnet. Nichts hat dazu so sehr beigetragen, als der schmutzig-gemein-persönliche Kampf gegen einzelne sozialdemokratische Führer. Gegen den Genossen Leber hat man jetzt das ganze Gift verspritzt — jetzt kommen die andern an die Reihe. Gen. Haut u. s. w.

Wir können das Bürgertum nur noch an das alte Sprichwort erinnern: Wer Schmutz anrührt, besudelt sich. Wer diesmal mit der bürgerlichen Wahlpropaganda auch nur das geringste zu tun hat, dessen Finger sind mit Unanständigkeit beschmutzt.

Noch jahrelang wird dieser ekelerregende Wahlkampf in seinen Auswirkungen das öffentliche Leben Lübecks vergiften.

Aber alles Geschimpfe, alle Verleumdung kann die Wahrheit nicht verschleiern.

Seit Jahren läßt man das Volk hungern und darben! Läßt man das Volk verlumpen und verelenden! Seit Jahren hat man die Arbeiterschaft, die Klein- und Sozialrentner, das gesamte Volk bestohlen und ausgeplündert. Und jetzt führt man auf einmal die frommsten Tänze auf, um Stimmen zu fangen.

Man rechnet damit, daß das Volk vergeßlich ist. Nein, meine Herren mit dem dicken Geldsack, so vergeßlich ist das Volk doch nicht: die Mutter vergißt nicht so leicht denjenigen, der am Hunger ihrer Kinder schuld ist, der ihren Kleinsten Milch und Brot vom Munde weggestohlen.

Das Volk kennt seine „Freunde"! Gestern haben sie ihm alles gestohlen; heute reden sie ihm von Milch und Honig; und morgen zimmern sie sein Joch!

Die Wahlversammlungen haben gezeigt, wie der Wille der großen Masse lautet. Es ist eine üble Verdrehung, wenn von Terror gesprochen wird. Sind die bürgerlichen Redner im Kolosseum nicht ruhig angehört worden? Wer hat den Bürgermeister in Travemünde gestört? Oder in Schlutup?

Nein, es waren die sachlichen Gründe der Sozialdemokratie, die den Gegner erbarmungslos aus dem Felde schlugen. Wenn allerdings der Bürgermeister in Travemünde erklärte, mir kann es ja ganz gleichgültig sein, ob ich Bürgermeister bleibe oder nicht, ich bekomme ja mein volles Gehalt als Pension weiter — sollen sich da die Erwerbslosen nicht aufbäumen vor Wut? 8000 Mark Pension dem einen — 200 Mark Unterstützung dem andern — im Jahr! Wir glauben, das hatte sich der Bürgermeister nicht genau überlegt, bevor er es sagte.

Kann man bei solchen Zuständen noch von einer „Volksgemeinschaft" sprechen? Das Gegenteil einer „Volksgemeinschaft" ist das. Dem einen alles, dem andern nichts! Dem einen Ueberfluß — dem andern Hunger.

Noch in einem Punkte haben wir mit den bürgerlichen Parteien abzurechnen. Der Gen. Schermer hat in der letzten Wahlversammlung den Demokraten — ohne Widerspruch zu finden! — einen ganz gemeinen Mandatschacher vorgehalten, der sich erstreckt auf die gesamte Liste Behn. Die Reihenfolge wurde bestimmt durch die Geldsumme, die für Parteizwecke gestiftet wurde. Auch auf einer andern Liste spielte die „Stiftung" die ausschlaggebende Rolle. Schacher — Schacher — Schacher! Man sagt Jesus Christus — und meint Baumwolle!

Das Ganze paßt in seinem moralischen Gestank ausgezeichnet zu dem Schmutz im Wahlkampf. Der 6. Januar wird diesen Herren die Quittung geben für ihr ganzes Verhalten; für ihre gemeine Verleumdung und für ihre Geld- und Schachermoral!

Ein Volk, das solchen Vertretern nur eine Stimme gäbe, würde sich selbst verraten und entwürdigen. Mögen diese Herren mit ihren sauberen Geschäften, ihrem entsprechenden Anhang und ihren Spekulations- und Wucherprofiten unter sich bleiben.

Das Volk aber steht auf der andern Seite. Und jeder, der auf politische Anständigkeit und Sauberkeit hält, der steht diesmal beim Volke.

Er wählt mit dem gesamten arbeitenden Volke, mit allen ehrlichen Freunden der Freiheit und der Republik

Ja!

Poincares Antwort negativ.

SPD. Paris, 3. Januar. (Eig. Drahtber.)

Ein von offizieller Seite stammendes und offiziös verbreitetes Resümee über den Inhalt des am Mittwoch am Quai d'Orsay fertiggestellten Antwortentwurfs auf das jüngste deutsche Memorandum bestätigt die von uns bereits zum Ausdruck gebrachte Skepsis über die Resultate der deutsch-französischen Verhandlungen. Das merkwürdigerweise nur im Ausland verbreitete, der französischen Presse vorenthaltene Kommunique besagt, daß die von Herrn Poincare zu Rate gezogenen „Sachverständigen", die Herren Degoutte und Tirard, sich gegen die Gesamtheit der von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge ausgesprochen hätten, weil sie davon eine Wertminderung des Pfandes und der Garantien für die Sicherheit Frankreichs sehen, und daß demgemäß die französische Regierung den von Berlin gewünschten Maßnahmen fiskalischer, wirtschaftlicher und administrativer Natur keine Folge zu geben vermöchten. Darüber hinaus wird heute Donnerstag bekannt, daß die französische Regierung in ihrer Antwort insbesondere jede Minderung der Güter- und Verkehrssperre zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet rundweg ablehne. Blutiger Hohn aber ist es geradezu, wenn in der offiziösen Mitteilung hinzugefügt wird, daß ein Teil der deutschen Forderungen, insbesondere soweit sie die Frage der Rückkehr der ausgewiesenen Beamten, die Einstellung der Eisenbahner und die politische und persönliche Freiheit der Bevölkerung betrafen, bereits im voraus Befriedigung erfahren hätte. Der Schlußsatz aber, daß man in Paris die Türe zu weiteren Verhandlungen nicht zuzuschlagen beabsichtige, wird charakterisiert durch den Zusatz, „je nachdem die Umstände dazu Gelegenheit geben würden". Das heißt zu Deutsch, die von Berlin im Dezember eingeleitete Aussprache betrachtet die französische Regierung als geschlossen.

Selbst diejenigen politischen Kreise Frankreichs, die von Anfang an dem Erfolg der Verhandlungen sehr pessimistisch gegenübergestanden haben, hatten nicht erwartet, daß Poincares Antwort so negativ ausfallen würde. Die verschiedentlich verbreiteten Versionen, daß Poincare in seiner ablehnenden Haltung durch die Quertreibereien gewisser deutscher Industrieller, die über den Kopf der deutschen Regierung hinweg in Frankreich verhandelt haben, bestärkt worden sei, sind unter diesen Umständen nicht ganz von der Hand zu weisen.

SPD. Paris, 3. Januar. (Eig. Drahtber.)

Das neue Jahr hat einen neuen Sturz des französischen Franken gebracht. Dieser hatte zu Ende der vergangenen Woche eine beträchtliche Erholung zu verzeichnen, die den Dollar auf nahezu 19 hinabgedrückt hatte. Am Donnerstag ist der Dollar jedoch zum ersten Male auf über 20 gestiegen, um an der Börse mit 20.52 zu schließen. Die Wirkung des fortdauernden Sinkens der Währung macht sich in einem starken Anziehen der Preise und in einem wachsenden Rückgang der Kaufkraft weitester Bevölkerungskreise, insbesondere der Arbeiter, Angestellten und Beamten, denen in der vergangenen Woche die geforderten Teuerungszuschläge abgelehnt wurden, bemerkbar.

Frankreich und Rußland.

SPD. London, 3. Januar. (Eig. Drahtber.)

Das Finanzblatt „Financial News" glaubt über den Stand der zwischen Frankreich und Rußland inoffiziell geführten Verhandlungen die folgenden Mitteilungen machen zu können, die wir jedoch nicht ohne Vorbehalt wiedergeben möchten: Die von französischer Seite durch den Abgeordneten Franklin Bouillon geführten Verhandlungen seien bereits soweit gediehen, daß eine Verständigung über die wichtigsten Grundlagen des künftigen Vertrages als unmittelbar bevorstehend angesehen werden könne. Frankreich sei bereit, die Sowjetregierung als rechtmäßige Vertretung des russischen Volkes anzuerkennen, dagegen werde Moskau der französischen Regierung sehr bedeutende Konzessionen auf finanziellem Gebiete einräumen. Den französischen Aktionären ehemaliger russischer Gesellschaften werde das Recht zugestanden, neue Gesellschaften zu gründen mit der ausdrücklichen Zusicherung, daß diesen entweder die früheren oder gleichwertige Konzessionen eingeräumt würden. Aehnliche Kompensationen sollen den Inhabern der russischen Staatsanleihe angeboten werden.

Die Reaktion in der Wirtschaft.

Das brutale Vorgehen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, die Arbeiterschaft durch Hunger zur Annahme von ungünstigeren Arbeits- und unmöglichen Lohnbedingungen zu zwingen, findet in der Fertigwarenindustrie fleißig Nachahmung. Die Arbeitgeber in der Metallindustrie und im graphischen bezw. lederverarbeitenden Gewerbe haben bereits einseitige Bedingungen für die Arbeiter diktiert, ohne daß damit die Bestrebungen der Fertigwarenindustrie gegen die Arbeiter abgeschlossen wären. In Berlin ist es inzwischen zu einer Riesenaussperrung gekommen. Ueber 100 Betriebe der Metallindustrie haben die Tore geschlossen. Wenn auch die Konjunktur augenblicklich so ist, daß die Arbeiter gern arbeiten möchten und dem Arbeitgeber an der Vermeidung wirtschaftlicher Kämpfe nicht viel liegt, müssen ökonomische Auseinandersetzungen wie die in Berlin die ständigen Provokationen, denen z. B. die Buchdrucker ausgesetzt sind, überhaupt die Abkehr vom Tarif- und Notarbeitsgemeinschaftsgedanken auch vom Standpunkt der privaten Wirtschaft mit Sorge betrachtet werden. Heute kann sich der Unternehmer seine Attacke gegen die Arbeiterschaft gestatten. Für ihn spricht der flaue Geschäftsgang. Die Situation kann sich aber schnell ändern und dann ist es nur natürlich, wenn sich die Arbeiterschaft den günstigsten Augenblick aussucht, um die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise auf ihr Arbeitsverhältnis zu korrigieren. Die Arbeiter, deren Verständnis für die Notwendigkeiten der Wirtschaft so weit ging, ganz erhebliche Ueberarbeit anzubieten, werden in besseren Zeiten von ganz anderer Geistesverfassung sein und die mit Konfliktstoff geschwängerte Atmosphäre muß deshalb ständig den für Deutschland notwendigen Wirtschaftsfrieden, der jetzt in der unerhörtesten Weise das Unternehmertum bedroht, gefährden. Das ist die natürliche Reaktion, die Rückwirkung auf das Vorgehen der privaten Wirtschaft. Es muß ein für allemal auch für unkritische Geister klargestellt werden: Im Interesse der deutschen Wirtschaft liegt das Vorgehen der Unternehmer nicht.

Besonders muß sich die Fertigwarenindustrie überlegen, ob sie die von ihr jetzt schon teilweise angewandten Methoden des Bergbaulichen Vereins überhaupt annehmen kann. Die Scharfmacher berufen sich allerdings darauf, durch Lohnabzug und Verlängerung der Arbeitszeit die Gestehungskosten drücken und durch die so eintretende Verbilligung der Waren den Export beleben zu wollen. Auf den ersten Blick erscheint die Methode verständlich. Dennoch unterläuft dem Privatwirtschafter ein großer Fehler in seiner Kalkulation. Der Arbeitslohn hat heute schon an und für sich bei weitem nicht den Einfluß auf die Selbstkosten wie z. B. die Materialkosten und die Frachten. Das wird jeden Tag von unseren Unternehmern selbst zugegeben. Die Höhe des Arbeitslohnes ist aber auch völlig gleichgültig, wenn entsprechende Leistungsfähigkeit vorhanden ist. Hier liegt der Kernpunkt der ganzen Frage: Kann diese Leistungsfähigkeit durch rein mechanische Mittel, wie Verlängerung des Arbeitstages, erreicht werden und, wenn ja, nützt diese so gesteigerte Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, besonders dem ausschlaggebenden Export? Selbstverständlich kann die rheinisch-westfälische Schwerindustrie durch das eingeführte Zweischichtensystem und die verlängerte Arbeitszeit ihre Produktionsmengen vermehren. Das hat sie aber auch ausschließlich im Auge aus Gründen, die mit dem Gedanken, die Kaufkraft im Inlande selbst zu kräftigen, weniger zu tun haben als mit gewissen Plänen, die mit den Veränderungen der Struktur der europäischen Wirtschaft zusammenhängen und die ganz bestimmt auf die Dauer Rückschläge für die deutsche Wirtschaft auslösen müssen. Der Absatz der rheinisch-westfälischen Massengüter auf dem Weltmarkt wird immer eine natürliche Begrenzung erfahren, da es sich, besonders in den nächsten Jahren, um ausgesprochene Konkurrenzwaren handelt. Nichts ist deshalb verkehrter als ein farbenfroher Optimismus, der sich ausschließlich auf die Entwicklung in der deutschen Schwerindustrie verläßt.

Die entscheidende Lösung der gegenwärtigen Industriekrise und den Ausgleich in unseren Bilanzen kann nur durch die Fertigwarenindustrie erfolgen. Die Erfahrung hat nun gelehrt, daß diese Fertigwarenindustrie aber nicht durch Massenartikel, gewöhnlich billig und schlecht, den Markt erobern kann. In allen Ländern sind während des Krieges und nach dem Kriege Industrien genug entstanden, die ihre Märkte mit Durchschnittsartikeln zur Genüge versorgen. Wenn die deutsche Industrie und der deutsche Export wieder Faktoren auf dem Weltmarkt werden sollen, müssen sie besondere Aufgaben lösen und durch eine geschickte Einstellung speziellen Bedürfnissen des Auslandsmarktes genügen. Die Voraussetzung dafür ist der qualifizierte deutsche Arbeiter, der Lust und Willen zur Qualitätsarbeit hat, die niemals durch Unternehmerdiktat erzwungen werden kann. Sie ist Produkt bestimmter Faktoren, die aber durch eine engstirnige private Wirtschaft heute vernichtet zu werden drohen. Dadurch wird tatsächlich die Grundlage des deutschen Exports gefährdet. Gerade diese Folgen sollte sich die Industrie überlegen, ehe es zu spät ist.

Weshalb kämpfen die bürgerlichen Parteien mit Lügen, Verleumdungen und persönlichen Verunglimpfungen? Weil sie sachliche Gründe nicht haben! Jeder Anständige wählt deshalb: Ja!!

Schacht in London.

SPD. London, 3. Januar (Eig. Drahtber.)

Ueber die Verhandlungen, die der neue Reichsbankpräsident Dr. Schacht in London führt, meldet die Londoner Presse, daß der Besuch Dr. Schachts keinerlei politischen Charakter trage. Dr Schacht verhandle lediglich über finanzielle Fragen, insbesondere über die von ihm beabsichtigte Gründung eines neuen deutschen Goldgeldemissions-Instituts, das er zum Teil mit ausländischem Kapital, zum Teil durch Repatriierung (Rückführung nach Deutschland) der ins Ausland geflüchteten Vermögenswerte zu finanzieren gedenke. In der City bringe man den Plänen Schachts großes Interesse entgegen. Man habe bereits den Gedanken an die Einberufung einer Konferenz englischer Finan- und Bankleute erhoben, die die Frage einer Anleihe an Deutschland prüfen sollen.

Die Indexzahlen.

Der Reichsindex erfuhr gegenüber der Vorwoche eine Abnahme von 0,3 Proz. (29. Dezember: 1 147 000 000 000). Auch in der letzten Woche hat sich die amtliche Meßzahl der Lebenshaltungskosten kaum noch verändert. Der Preisabbau ist somit schon seit Mitte Dezember 1923 zum Stillstand gekommen. Mit der Erhöhung der Mieten und der Umsatzsteuer setzen am Anfang des Januar neue Verteuerungsmomente ein, deren Auswirkung auf die Kosten der Lebenshaltung nicht zu vermeiden ist. Trotz des Preisabbaues in der ersten Dezemberhälfte stiegen die Lebenshaltungskosten im Monatsdurchschnitt noch ganz wesentlich höher als im November. Für den Durchschnitt des Monats Dezember berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1247milliardenfache gegenüber dem 857-milliardenfachen im Durchschnitt des Monats November; das entspricht einer Steigerung von 89,8 Proz. Die Lebenshaushaltungskosten ohne Bekleidung sind im Durchschnitt im Dezember auf das 1132milliardenfache, die Ernährungskosten allein auf das 1512milliardenfache der Vorkriegszeit gestiegen.

Die auf den Stichtag des 2. Januar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 27. Dezember (1201) um 2 Prozent auf 1224 gestiegen und zwar wurde die Herabsetzung der Kohlenpreise durch die Steigerung namentlich der Getreidepreise mehr als ausgeglichen.

Der Kampf in der Berliner Metallindustrie.

Der Kampf der Berliner Metallindustrie gegen die in ihrer Lebenshaltung bedrohten Metallarbeiter nimmt vorläufig noch keinen Fortgang. Bis Donnerstag abend waren von den 180 000 in Berlin beschäftigten Metallarbeitern rund 160 000 von insgesamt 100 Betrieben ausgesperrt. Gearbeitet wurde lediglich noch in einem Teilbetrieb des Siemens-Konzerns. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch hier am Freitag die Aussperrung allgemein durchgeführt wird, nachdem die am Donnerstag angesetzten Schlichtungsverhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Die Arbeitgeber sprachen dem vom Reichsarbeitsminister zum Schlichter bestellten früheren Reichsarbeitsminister Genossen Wissell die Unparteilichkeit ab, weil er noch bis vor wenigen Tagen dem Vorstand des ADGB angehörte und Mitglied des Metallarbeiterverbandes ist. Die für die Unparteilichkeit angeführten Gründe sollen nunmehr dem Reichsarbeitsminister zur Entscheidung vorgelegt werden. Am Freitag werden die Verhandlungen voraussichtlich fortgesetzt.

Die sterbende Arbeitsgemeinschaft.

Der Bundesausschuß des Afa-Bundes hat am 3. Januar getagt und nach eingehender Erörterung folgenden Beschluß gefaßt: „Der Bundesausschuß beauftragt den Afa-Vorstand, den Austritt des Afa-Bundes aus der Zentralarbeitsgemeinschaft sofort zu vollziehen."

Damit haben der Afa-Bund und der Gewerkschaftsbund der Angestellten nunmehr die Arbeitsgemeinschaft aufgegeben, sodaß von Angestellten dort nur noch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband vertreten ist. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dürfte voraussichtlich seine endgültige Stellungnahme zur Arbeitsgemeinschaft auf der Mitte Januar stattfindenden Bundesausschußsitzung beschließen.

Die sächsische Krise.

SPD. Dresden, 3. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag in fünfstündiger Sitzung mit dem vorläufigen Ergebnis der Verhandlungen zur Bildung einer neuen Regierung und mit der Frage der Landtagsauflösung, nachdem der Rechtsausschuß des Landtags den kommunistischen Auflösungsantrag am Vormittag gegen 5 Stimmen angenommen hatte. Nach eingehender Debatte beschloß die Fraktion ohne Zustimmung des Parteitages, der für den 6. Januar nach Dresden einberufen ist, der Bildung der großen Koalition ihre Zustimmung zu geben. Der Ministerpräsident soll von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt werden. In Frage kommen der frühere sächsische Ministerpräsident Buck oder der jetzige Leiter des jetzigen Staatsministeriums Genosse Fellisch.

Auflösung des bayrischen Landtages.

SPD. München, 3. Januar. (Eig. Drahtber.)

Im Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages, der in erster Linie die Abänderung des Landtagsgesetzes zu verabschieden hat, entspann sich am Donnerstag zu Beginn der Sitzung noch einmal eine politische Debatte, weil die bayrische Volkspartei vor Beginn der Beratung eine Erklärung abgab worin gesagt wird, daß sie nach wie vor an der bedingungslosen Auflösung des Landtages festhalte. Als Begründung dieser Erklärung wurde vom Fraktionsführer der Bayrischen Volkspartei lediglich angegeben, daß es die Bayrische Volkspartei für notwendig erachte, endlich einmal reine politische Luft in Bayern zu schaffen. Genosse Endres stellte demgegenüber fest, daß die Bayrische Volkspartei durch ihre Erklärung bekunde, daß sie kein Interesse mehr an der Beratung der Anträge habe, die dem Verfassungsausschuß vorliegen, während sämtliche andere Parteien des Landtages, mit Ausnahme der Kommunisten, das gegenseitige Interesse an den Tag legten. Die Verschleppungs- und Verhinderungstaktik der Bayrischen Volkspartei werde aller Voraussicht nach nicht gelingen. Hierauf begründete Abg. Graf Pestalozza (Bayr. Vp.) einen Antrag seiner Partei, der die Staatsregierung ermächtigt, von den Befugnissen des § 64 der bayrischen Verfassung und des Art. 48, Abs. 4 der Reichsverfassung Gebrauch zu machen. Er schlägt dazu noch eine Erweiterung vor, sodaß der Antrag in Wirklichkeit einem neuen Ermächtigungsgesetz gleichkommt. Gegen diesen Antrag erhoben zunächst die Demokraten die größten Bedenken, vor allen Dingen gegen die Einbeziehung des Artikels 48. Es sei einfach unmöglich, den Haushaltsplan auf Grund des § 64 unter Ausschaltung des Parlaments aufzustellen. Finanzminister Krausneck betonte demgegenüber, daß sich die bayrische Regierung mit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes unmöglich abfinden könne. Mit aller Beschleunigung müßten Maßnahmen getroffen werden, um den Staat über eine schwere Krise hinwegzubringen. Diesen Ausführungen trat Genosse Ackermann mit aller Energie entgegen, indem er dem Finanzminister vorwarf, daß seine Kunst in allem vollständig versagt habe. Die bayrische Regierung habe bisher überhaupt nichts getan im Gegensatz zu den Regierungen sämtlicher anderen Länder, vor allem Preußens, wo der Landtag und die Regierung verständnisvoll und mit großem Erfolge zusammenarbeiteten. Nach heute habe der Landtag vom Finanzminister wiederum kein klares Programm erhalten, sondern nur allgemeine Andeutungen. 90 Prozent der angedeuteten Sparmaßnahmen werden ihre Wirkung erst nach Jahr und Tag zeigen. Es sei zwecklos, dieser Regierung ein neues Ermächtigungsgesetz zu geben. (Die Sitzung dauert abends 8 Uhr noch fort.)

Drei große Versammlungen

über die

Politik des Reiches und der Länder

finden am Freitag, dem 4. Januar, abends 7½ Uhr statt im Kolosseum, Konzerthaus Lübeck und Gewerkschaftshaus.

Redner:

Reichstagsabgeordneter Henke und Hermann Molkenbuhr, sowie die preußische Landtagsabgeordnete Nemitz.

Erscheint in Massen! Freie Aussprache!

Bayrisches.

SPD. München, 3. Januar. (Eig. Drahtb.)

Die Nachricht daß der Prozeß gegen Hitler und Genossen am 26. Januar beginnt, entspricht nicht den Tatsachen. Ein Termin konnte überhaupt noch nicht festgesetzt werden, da die Anklageschrift noch nicht eingereicht ist. In maßgebenden Kreisen wird damit gerechnet, daß der Prozeß nicht vor Mitte Februar beginnen kann.

*

Die Infanterieschule der Reichswehr, die in München untergebracht war, wird nunmehr nach Berlin verlegt. Grund für diese Maßnahme des Reichswehrministeriums ist die Tatsache, daß die Herren Infanterieschüler, zu denen auch ein Neffe Ludendorffs zählt, in der Nacht des 8 November alle Anstalten getroffen hatten, um dem Putsch Hitlers zum Gelingen zu verhelfen. Nach dem Scheitern Hitlers wurde die Infanterieschule geschlossen, der Offiziersnachwuchs eingesperrt und später abtransportiert.

Marxismus ist Egoismus.

Sagt das Hauptorgan der Agrarier.

Monatelang hat die Rechtspresse gegen den Marxismus gebrüllt, ohne ihren Lesern zu sagen, was das ist. Jetzt hat sich aber die „Deutsche Tageszeitung" bemüßigt gesehen, sich einen Gelehrten zu verschreiben, der berufen ist, etwas Licht in diese dunkle Angelegenheit zu bringen. Dieser Gelehrte, namens Dr. Melms, kommt zu folgenden Schlußfolgerungen:

Indem Marx die soziale Bewegung in den Gang der Geschichte stellte, verankerte er sie auf den Tatsachen der Wirtschaft und auch auf der Charakterveranlagung des Menschen, denn, um das noch kurz hinzuzufügen, Marxens Weltanschauung war diejenige, die zu seiner Zeit von den Philosophen vertreten wurde: Der Glaube an den von Natur guten Menschen hatte dem andern Glauben Platz gemacht, daß der Mensch in der Hauptsache von selbstischen Beweggründen beherrscht würde, und daß man, um eben in der Welt etwas zu erreichen, vor allem sein Interesse in den Vordergrund stellen und notfalls dieses Interesse durch den Kampf behaupten müsse. Und diese Anschauung ist letzten Endes diejenige, die dem deutschen Volke, vor allem nicht zuletzt dem deutschen Arbeiter, ganz besonders heute zum Verderben geworden ist, und die so undeutsch wie nur möglich ist.

Solche Ausführungen in einem Blatt zu lesen, dessen Aufgabe es ist, die Interessen des agrarischen Grundbesitzes im Kampf zu vertreten, ist nicht ohne einen gewissen Reiz. Es sei hier nicht die Rede davon, welche Kräfte eines opferbereiten Idealismus gerade in der „marxistischen Arbeiterbewegung" lebendig sind, wie gerade sie das Interesse des Ganzen über alle Sonderinteressen stellt. Aber gesetzt den Fall, der Marxismus sei wirklich nichts als eine egoistische Standesbewegung — kann es da etwas „Marxistischeres" und „Undeutscheres" geben, als den Reichsbund der Agrarier und sein Hauptorgan, die „Deutsche Tageszeitung"?

Wahlfreiheit!

SPD. Auf Antrag der Sozialdemokraten hat der Rechtsausschuß des Reichstags am 21. Dezember einstimmig beschlossen, „daß vom Tage der Ausschreibung der Wahlen bis zu ihrer Beendigung auch für verbotene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinen zur ausschließlichen Betreibung von Wahlen zulässig sei. Versammlungs- und Pressefreiheit unterliegen auch für sie nur den allgemeinen polizeilichen und strafrechtlichen Beschränkungen."

Auf diese Entschließung hat die Reichsregierung folgendes beschlossen:

„Das nach einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik grundsätzlich zulässige Verbot politischer Parteien sei nach Auffassung der Reichsregierung immer nur als Verbot von Vereinen oder Vereinigungen Inhalt und Bedeutung. Es untersagt lediglich die äußere Betätigung des organisierten Zusammenschlusses derjenigen, die der verbotenen Partei angehören, hindert dagegen nicht, der politischen Gesinnung durch Wahl bestimmter Bewerber für parlamentarische Körperschaften Ausdruck zu geben.

Der Artikel 125 der Reichsverfassung gewährleistet Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis nach den näheren Bestimmungen der einzelnen Wahlgesetze. Dieses Grundrecht der Reichsverfassung kann auch durch eine Maßnahme auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt werden. Aus dem Grundsatz der Wahlfreiheit ergibt sich, daß das Verbot einer Organisation nicht die Wirkung haben kann, wahlberechtigte Personen, welche die von der Organisation vertretene politische Anschauung teilen, in der Ausübung ihres Wahlrechts oder an der Vorbereitung der Wahl zu hindern. Personenmehrheiten, die vorübergehend zusammentreten, um im Auftrage von Wahlberechtigten Vorbereitungen für bestimmte Wahlen zu den auf Gesetz oder Anordnung von Behörden öffentlichen Körperschaften zu treffen, werden daher vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung durch das Verbot einer politischen Partei nicht betroffen, soweit sie sich auf diese Aufgabe beschränken. Entsprechendes gilt für Versammlungen der Wahlberechtigten zur Betreibung der Wahlen, sofern es sich um reine Wählerversammlungen handelt. Dabei bleibt aber die Befugnis des Inhabers der vollziehenden Gewalt unberührt, Versammlungen aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu verbieten.

Die nach der Verfassung im Falle des Ausnahmezustandes zulässigen Beschränkungen der Pressefreiheit können auch in einer Genehmigungspflicht für Flugblätter bestehen. Dabei soll während der Wahlzeit die Genehmigung nur dann versagt werden, wenn nach dem Inhalt des Flugblattes auf einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung hingewirkt wird."

Polen und das französisch-tschechische Bündnis.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Das französisch-tschechische Bündnis ist in mehrfacher Hinsicht eine politisch besonders interessante Tatsache. Sein unmittelbarer Zweck, vom französischen Gesichtspunkt aus, liegt auf der Hand und bedarf keiner näheren Begründung. Ueberraschend ist dagegen, daß die Tschechoslowakei, die bisher deutliche Spuren eines Unabhängigkeitswillens zeigte, sich für diese enge Verbindung mit Frankreich gerade in einem Moment gewinnen ließ, wo ein solches Bündnis in England unangenehm berühren mußte. Es ist anzunehmen, daß Benesch, der zwar kein großer, aber ein rühriger und geschickter Politiker ist, sich von Frankreich noch über den französisch-tschechischen Vertrag hinausgehende Zusicherungen für die Selbständigkeit Oesterreichs hat geben lassen, die nicht nur den Anschluß an Deutschland, sondern auch die von Frankreich gewünschte, von Benesch aber gefürchtete Donauföderation bis auf weiteres ausschließen.

Bisher war der einzige in vasallenmäßigem Bündnis mit Frankreich verbundene Staat Polen. Ganz von selbst ergibt sich eine Minderung des Wertes Polens für Frankreich dadurch, daß Polen nun nicht mehr „der einzige" ist. Darüber hinaus aber ist Polens Bedeutung als Frankreichs Verbündeter durch das französisch-tschechische Bündnis in doppelter Hinsicht beeinträchtigt.

Polen hat bisher in der osteuropäischen Politik, zwar ungeschickt und mit vielen Mißerfolgen, aber doch mit einer gewissen Konsequenz, eine Außenpolitik verfolgt, als deren Hauptziel man bezeichnen könnte: Hegemonie unter den russischen Randstaaten. Diese Politik kreuzt sich ein wenig mit der „Kleinen Entente", dem ureigensten Plan Beneschs, und es ist kein Zufall, daß trotz des Bündnisses Rumänien zwischen beiden Kombinationen keine wirkliche innere Annäherung herzustellen war. Die Gleichstellung der Tschechoslowakei mit Polen im Verhältnis zu Frankreich muß verstärkte Versuche zur Folge haben, Polen und die Tschechoslowakei einander näher zu bringen. Gelingen sie, so verliert Polen an außenpolitischer Beweglichkeit. Scheitern sie, so ist das polnisch-tschechische Verhältnis, das ohnedies recht kühl ist, neuerdings verschlechtert.

Die größte Bedrohung für Polen, die aus dem französisch-tschechischen Bündnis folgt, ist aber die französische Absicht, über Prag den Weg nach Moskau zu finden. Das ist ja überhaupt der Kernpunkt des politischen Problems Polen, sozusagen die Daseinsfrage Polens in seiner jetzigen Gestalt, ob es gelingt, eine Entente Frankreich-Polen-Rußland herzustellen. Wahrscheinlich ist dies unmöglich, zum mindesten für die Dauer, und daher das tiefe Mißtrauen das Polen im innersten Herzen für alle französischen Anbiederungsversuche an Rußland hegt. Denn darüber ist man sich in Polen trotz aller Phrasen doch klar, daß Frankreich Polen nur deshalb protegiert, weil es damit Deutschland unter ständiger Bedrohung auch von Osten zu halten hofft, und aus dieser Gendarmenrolle hat Polen bisher, wenn nicht sein Recht auf politisches Dasein schlechthin, so doch seine unnatürliche Ausdehnung auf deutsche, russische, litauische, ukrainische Gebiete sich verschafft. Wenn aber Frankreich sich an Rußland annähert, verliert Polen diesen Wert für Frankreich, und die Gefahr erhebt sich, daß Frankreich, das ja Polen auch sonst redlich ausbeutet, dem wertlos gewordenen Bundesgenossen fallen läßt oder sogar dem besseren opfert.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß das tschechisch-französische Bündnis zusammenfällt mit einer englisch-polnischen Annäherung. Für die polnische Außenpolitik kann diese Annäherung sehr heilsam wirken, auch hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen. Aber für Polens Stellung auf dem Kontinent kann sie an der Tatsache nichts ändern, daß Beneschs Mißfälligkeit gegen die Pariser Pläne der Tschechoslowakei schwerlich nützen, Polen aber sicher schaden wird.

Hochwasser in Paris.

SPD. Paris, 3. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die anhaltenden Regengüsse der letzten Tage haben die Ueberschwemmungen der großen nordfranzösischen Flüsse den Charakter einer Katastrophe annehmen lassen. Die Seine insbesondere hat weite Strecken des Landes und hunderte von Ortschaften völlig unter Wasser gesetzt. In den Vororten der Bannmeile von Paris ist der Verkehr bereits seit Tagen nahezu völlig unterbrochen. Neuerdings hat das Wasser auch die niedergelegenen Teile der Stadt Paris überschwemmt und unter anderem mehrere Bahnhöfe gezwungen, den Vorortsverkehr einzustellen und die Bahnhöfe zu schließen. Regierung und Gemeindeverwaltung werden von der Presse aufs heftigste angegriffen, weil seit der großen Ueberschwemmungskatastrophe des Jahres 1910 so gut wie nichts geschehen sei, um einer Wiederholung des Unglücks vorzubeugen. Der angerichtete Schaden soll bereits in die Hunderte von Millionen gehen.

Die Postanstalten werden vom 10. Januar ab nur noch auf Goldmark lautende Einkommensteuermarken herausgeben. Ueber Papiermark lautende Marken dürfen nur noch für den Steuerabzug aus dem Kalenderjahr 1923 und in denjenigen Fällen verwendet werden, in denen Steuermarken für 1924 vor dem 10. Januar 1924 geklebt werden mußten.

Volkswirtschaft.

Goldbilanzen und Kapitalkonzentrationen.

Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnung über Goldbilanzen verpflichtet Kaufleute, die Handelsbücher führen, vom 1. Januar 1924 ab oder, falls das neue Geschäftsjahr mit einem späteren Zeitpunkt beginnt, von diesem Zeitpunkt ab das Inventar und die Bilanz in Goldmark aufzustellen. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 10/42 des nordamerikanischen Dollars. Spätestens für den 1. Januar 1924 oder, falls das Geschäftsjahr mit späterem Datum beginnt, sind ein Eröffnungsinventar und eine Eröffnungsbilanz aufzustellen, wobei zu beobachten ist, daß, entgegen dem § 261 des Handelsgesetzbuches für Wertpapiere und Waren mit Börsen- oder Marktpreis ohne Rücksicht auf den Anschaffungs- oder Herstellungspreis auf jeden Fall der Wert am 1. Januar 1924 eingesetzt werden kann. Von Bedeutung ist die Möglichkeit der Bildung von stillen Reserven. Der in der Eröffnungsbilanz eingestellte Wert gilt für die Zukunft als Anschaffungs- und Herstellungspreis.

Die Verordnung ist geeignet, gewisse Klarheit in die Bilanzen unserer Industriegesellschaften zu bringen, sodaß ein Ueberblick über die tatsächliche Lage der deutschen Industrie möglich wird. In den letzten Jahren waren die Bilanzen unserer Erwerbsgesellschaften nichts anderes als eine sinnlose Aneinanderreihung von Zahlen, hinter deren Schleier sich der tatsächliche Stand der Dinge verbarg. Die Ausführung der Verordnung über Goldbilanzen wird u. a. auch zeigen, daß mancher Konzern und mancher Trust die Markverwässerung benutzt hat, um auf dem Kapitalmarkt Mißbrauch zu treiben. In diesem Sinne ist die Verordnung, die auch dazu beitragen wird, Deutschland psychologisch auf die neuen Verhältnisse, das „feste" Geld einzustellen, nur zu begrüßen. Andererseits entfesselt sie eine Tendenz, die in ihrer Auswirkung höchst bedenklich erscheinen muß. Die Verordnung begnügt sich nämlich nicht mit der bloßen Aufstellung einer Bilanz, sondern knüpft an sie ganz bestimmte Forderungen. Ueberseigt bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften usw. das bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz nach Abzug der Schulden sich ergebende Vermögen den Betrag des Eigenkapitals, so kann der Ueberschuß als Reserve eingestellt oder das Eigenkapital entsprechend heraufgesetzt werden, wobei den Aktionären das Bezugsrecht gewährt werden muß. Da unsere Gesellschaften aber von der Verwässerung reichlich Gebrauch gemacht haben, werden so günstige Positionen selten sein. Meistenteils wird wohl das Vermögen hinter dem Eigenkapital zurückbleiben. Die Verordnung sieht nun folgende Sanierungen vor: Die sich ergebende Differenz kann als Kapitalentwertungskonto unter die Aktiven eingestellt oder durch neue Einlage bis zur Höhe des Betrages des Eigenkapitals oder durch Ermäßigung des Eigenkapitals ausgeglichen werden. Der auch in geschäftlicher Beziehung gesunde Weg ist die Einstellung eines Entwertungskontos. Es muß nämlich in drei Jahren u. a. aus den Reserven getilgt werden, während Gewinne nicht ausgeschüttet werden dürfen. Das Konto darf 9/10 des Eigenkapitals nicht überschreiten. So ist dieser Weg in seiner Ausführung in vielen Fällen ebenso beschränkt wie die Heraufsetzung des Kapitals, die nichts anderes als Nachschußpflicht ist und genügende Geldflüssigkeit zur Voraussetzung hat. Es ist zu befürchten, daß die großen Kapitalsgesellschaften in erster Linie zu einer Ermäßigung des Kapitals schreiten werden, die am bequemsten durch Denominierung der Einzelaktie durchgeführt werden kann. Das bedeutet Zusammenlegung von Aktien, und zwar wird die Zusammenlegung angesichts der von den Gesellschaften betriebenen Verwässerung in großem Maßstabe erfolgen.

Nach der Umstellung der Gesellschaften müssen Aktien und Interimsscheine auf einen Betrag von mindestens 100 Goldmark lauten. Diesen Satz erreichen augenblicklich nur wenige Börsenpapiere. Der absolute Wert guter Industriepapiere beträgt nur einen Bruchteil der in Ansatz gebrachten Summe. In welchem Maße die Denominierung erfolgen wird, lassen die bereits angezeigten Zusammenlegungen ahnen. So hat z. B. die Martins u. Bloch A.-G. in Hamburg für ihr über 500 Millionen Mark betragendes Kapital eine Zusammenlegung im Verhältnis von 200 : 1 angekündigt. Viele Aktionäre werden nicht in der Lage sein, finanziell eine solche Deflation mitzumachen. So ergibt sich für sie der Zwang, zu einer äußerst günstigen Zeit zu verkaufen. Den Vorteil davon haben die Gesellschaften und die großen Aktienbesitzer, denen sich nun die bequemste Gelegenheit bietet, ihren Aktienbesitz auf Kosten des Kleinen „abzurunden". Also wird auch die Deflation gerade wie die Inflation die Vertrustung fördern. Die Mammut-Werke in Westfalen haben sich unter ähnlichen Umständen gebildet. Wir verweisen nur auf die Entstehungsgeschichte der Thyssenwerke, die während der Krise in den siebziger Jahren die wertvollsten westfälischen Zechen für „Appel und Ei", wie man in Westfalen sagt, kauften. Schon in ganz kurzer Zeit werden wir sehen, wie die deutsche Schwerindustrie die „Gold"-Tendenz ausbeuten wird, indem sie von gewissen möglichen Erleichterungen für die kleinen Aktionäre, z. B. Milderung der Kapitalsherabsetzung durch Einsetzung des Entwertungskontos geflissentlich keinen Gebrauch macht. Heute wird bereits verschiedenen Aktiengesellschaften aus den Kreisen ihrer Aktionäre vorgeworfen, die Bewertungsvorschrift der Verordnung zur Schaffung von stillen Reserven zu benutzen, um die Kapitalsermäßigung dann um so reibungsvoller unter Berufung auf die schlechte Bilanz durchzuführen. Da wir gar kein Interesse an einer Machterweiterung der Deutschland schon jetzt beherrschenden Trusts haben, ist eventuell durch entsprechende Ausführungsvorschriften zur Verordnung einer Kapitalzusammenhaltung vorzubeugen, die nur auf Kosten jener Kreise geht, die durch die Entwertung von Hypotheken und Sparkasseneinlagen bereits im größten Maße der Inflation ihren Tribut gebracht haben.

Der Verband sächsischer Industrieller versendet ein Rundschreiben an die Presse, in dem er sich darüber beschwert, daß gewisse Zeitungen einen Abbau der Textilpreise um mindestens 20 Prozent für möglich dargestellt haben. Das Rundschreiben erklärt die hohen Textilpreise durchweg durch die Teurung auf dem Weltmarkt. „Aufgabe einer aufklärenden Presse sei es deshalb, unter allen Umständen zu vermeiden, die Schuld der Teurung auf dem Weltmarkte dem deutschen Fabrikanten in die Schuhe zu schieben." „Eine Presse, die bei diesen Angaben nicht vorsichtig zu Werke geht, wird sonst auch die Verbilligung während der Sanierung zur Ursache von Klassenverhetzungen machen."

Die sächsischen Industriellen werden doch nicht gut leugnen können, daß auch in Sachsen noch immer Kalkulationen üblich sind, bei denen Spinnereien und Webereien sehr gut verdienen. Das beweist u. a. der unverhältnismäßig gute Stand der Spinnereiaktien und die teilweise billigeren Textilien im Auslande. Daß diese Feststellung natürlich verhetzend wirken muß, ist für uns selbst verständlich. Die Schuld trifft aber nicht uns, sondern nur jene Industrie, die sich immer noch nicht von ihren Inflationsrechnungen trennen kann.

In Berlin wurde eine Filmgesellschaft gegründet, die den Namen „Westfilm G. m. b. H." führt. Sie beschäftigt sich mit der Herstellung und Verleihung von Filmen und dem Erwerb und Betrieb von Kinotheatern. Geschäftsführer sind Wladimir Wengeroff, Dr. Rudolf Becker und Leo Bagrow. An der Neugründung ist Hugo Stinnes beteiligt, dem die beiden letztgenannten Geschäftsführer nahestehen. Die Gesellschaft plant, zunächst den Markt im Osten mit ihren Erzeugnissen zu verseuchen.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		8. Januar.	2. Januar.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 615 950	1 615 950
Buenos Aires	1 Peso	1 356 600	1 326 675
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	189 525	189 525
Kristiania	1 Kr.	613 463	613 463
Kopenhagen	1 Kr.	746 130	746 130
Stockholm	1 Kr.	1 117 200	1 113 210
Helsingfors	1 finn. Mk.	104 737	102 742
Rom	1 Lire	184 538	184 538
London	1 „	18 054 750	18 154 500
Neuyork	1 Dollar	4 189 500	4 189 500
Paris	1 Frs.	216 458	216 458
Zürich	1 Frs.	746 130	740 145
Madrid	1 Pese'a	541 144	547 628
Portugal	1 Escudo	138 652	138 652
Japan	1 Yen	1 975 050	1 975 050
Rio de Janeiro	1 Milreis	893 015	893 015
Wien	1 Kr.	59 850	59 850
Prag	1 Kr.	124 183	123 440
Jugoslawien	1 Dinar	47 880	47 481
Budapest	1 Kr.	220 944	220 544
Bulgarien	1 Lewa	29 725	29 925

Ein Prawda-Konflikt.

Die Krise der russischen Kommunistenpartei.

Moskau, 31. Dezember.

Aus der Redaktion des kommunistischen Zentralorgans „Prawda" sind der Leiter der Abteilung für Parteifragen Konstantinow und sein Gehilfe Wigiljanski unter Protest ausgetreten. Sie hatten in der Diskussion über die Krise der Partei und die damit neu aufgetauchten Probleme in dem ihnen anvertrauten Ressort überwiegend die gegen das Zentralkomitee der Partei aufgetretene Opposition zu Wort kommen lassen. Als Bucharin und Sinowjew den Abdruck einiger anders gerichteter Artikel verlangten und durchsetzten, schieden die beiden Redakteure aus. Diese Tatsache ist in Parteiversammlungen mehrfach gegen das Zentralkomitee ausgenutzt worden, als hätte dieses die Pressefreiheit (die es bekanntlich überhaupt nicht gibt, da nur KPD.-Blätter geduldet werden! Red. d. „V.") beeinträchtigt. Die Zentralkommission dagegen ist der Meinung, daß die beiden Genannten sichtlich bestrebt waren, in der „Prawda" das Parteileben einseitig zu beleuchten, daß aber das Blatt als Organ des Zentralkomitees nur die eine bestimmte Linie, eben des Zentralkomitees, einhalten dürfte.

Vermischte Nachrichten.

Der Mann in der Kiste. Zu einer überraschenden Enthüllung führte eine Verhaftung auf dem Bahnhofe in Gera. Dort erregte ein Mann mit einem Ballen Tuch Verdacht. Als man ihn stellen wollte, ließ er den Ballen im Stich, entfloh in einen Zug hinein, auf der anderen Seite wieder hinaus und über eine Mauer und einen Zaun hinweg, bis er dann doch noch ergriffen wurde. Es war ein Kaufmann Erich Wegener aus Berlin, der zugab, daß er Diebesfahrten gemacht habe, wie er sagte, gemeinsam mit einem Arbeiter Karl Müller aus Berlin. Die Kriminalpolizei ermittelte nun, daß dieser angebliche Karl Müller in Wirklichkeit ein Arbeiter Erich Schlonies in Schöneberg ist. Als sie ihn festnehmen wollten, war er verschwunden. Schlonies und Wegener besaßen eine große Reiseliste, in der sich ein Mann leidlich bequem aufhalten konnte. Sie war auch für den Fall eingerichtet, daß der Insasse sich helfen konnte, wenn sie einmal auf den Kopf gestellt werden sollte, und hatte Platz genug, für eine gewisse Zeit auch Nahrungsmittel und andere Sachen für menschliche Bedürfnisse aufzunehmen. Diese Kiste bezog in der Regel Schlonies, und Wegener und dessen Frau sandten ihn dann nach irgendeinem Ziel auf die Reise. Unterwegs öffnete Schlonies seine „Wohnung" von innen und bestahl die Frachtgüter oder zeichnete mit den Schablonen eines Signierkastens, mit dem er ausgerüstet war, ganze Kisten so um, daß sie schließlich ihm und Wegener in die Hände fielen. Schlonies saß in Gera in dem Zugabteil, durch das hindurch Wegener flüchtete. Er blieb ruhig sitzen, als ob ihm die Geschichte nichts anginge, fuhr nach Berlin und benachrichtigte Frau Wegener, um dann das Weite zu suchen.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Barbier Zitterlein.

Novelle von Friedrich Hebbel.

3. Fortsetzung.

8.

Es war ein kalter, stürmischer Abend, es schneite heftig; Zitterlein saß mit seiner Tochter und seinem Gesellen zu essen, als die Tür langsam aufgemacht wurde. Agathe ging hinaus, um zu sehen, wer da sei; die Stimme eines alten Weibes wurde vernommen, welches sehr dringend um ein Nachtlager bat. Zitterlein wollte gerade aufstehen, als Agathe mit der Fremden ins Wohnzimmer trat.

„Vater", sagte sie, „hier ist eine arme, alte Frau, die fast erstarrt ist und kein Obdach zu finden weiß. Ich habe ihr versprochen, daß sie bei uns bleiben soll."

„Ich will ihr lieber einige Groschen geben", antwortete Zitterlein, „damit kann sie ins Wirtshaus gehen."

Die Alte unterbrach ihn: „Stoßt mich nicht wieder in die gräßliche Kälte hinaus, gönnt mir einen Platz hinter Eurem warmen Ofen, ich will mich morgen mit dem frühesten wieder aufmachen."

Zugleich setzte sie sich mit der Zigeunern und reisenden Hausierweibern, zu welcher letzteren Klasse sie zu gehören schien, eigentümlichen Zudringlichkeit auf die Ofenbank, schob den Korb, den sie auf dem Rücken getragen und gleich beim Eintritt ins Haus heruntergenommen hatte, vor sich hin, und nahm einige zusammengebettelte Lebensmittel heraus, bei welcher Gelegenheit auch ein altes Spiel Karten zum Vorschein kam.

Als Zitterlein dieses erblickte, wurde er plötzlich aufmerksam. Er sagte: „Ihr seid wohl gar eine Kartenlegerin. Legt Eure Karten auf den Tisch, packt Eure Lebensmittel aber nur wieder ein; habe ich Euch einen Platz hinter meinem Ofen eingeräumt, so will ich Euch auch zu essen geben."

„Ich danke Euch, lieber Herr," erwiderte die Alte und blinzelte ihn an, „und wenn Ihr kein Verächter meiner edlen Kunst seid, so sollen auch die prophetischen Blätter noch heute abend reden."

Agathe hatte ihr mittlerweile einen Teller voll warmer Suppe hingesetzt, und sie begann zu essen. Sie aß mit einer ekelhaften Gierigkeit. Zitterlein setzte das Gespräch mit ihr fort: „Ich bin keineswegs ein Verächter Eurer Kunst; warum sollte das Schicksal, das sich des Mundes manches armseligen Käfers bedient, das sich den nächtlichen Uhu zum Herold ausersah, nicht auch durch das geheimnisvolle Spiel der Karten dem Menschen, der immer sieht und nimmer glaubt, reden? Ich weiß, was ich von Eurer Kunst zu halten habe, denn ich selbst habe einmal eine merkwürdige Erfahrung gemacht; von mir werdet Ihr nicht verspottet."

Die Alte mischte ihre Karten; sie murmelte nicht, sie gab sich nicht das gewöhnliche Possenreißer-Ansehen und verbreitete dadurch einen größeren Schein der Wahrhaftigkeit um sich, als durch allen Hokuspokus hätte geschehen können.

Sie wandte sich zu Agathe. „Tretet Ihr zuerst heran, schöne Jungfrau," sagte sie, „Euch steht das ganze reiche Leben noch bevor, Euch werde ich gewiß viel Angenehmes zu verkünden haben, und dies kann ich so selten."

Agathe zog auf ihr Geheiß eine Karte aus. Es war Coeur-Dame. Die Alte breitete die Karten auf den Tisch und fing an zu zählen.

„Ei, ei," rief sie dann wie erstaunt aus, „dies übertrifft meine kühnsten Erwartungen. Seht Ihr? hier ist der Bräutigam, dort ist Geld, noch mehr Geld, noch mehr Geld — will denn das kein Ende nehmen? Ich gratuliere Euch," sagte sie zu Zitterlein, „zu Eurem Schwiegersohn!"

Zitterlein antwortete ihr nicht, sondern sah sie fest an.

„Wollt Ihr nun Euer Glück versuchen," rief sie Leonhard zu, „so zieht eine Karte aus." Leonhard tat es mit Lächeln.

Die Alte wiederholte das vorige Manöver.

„Die Braut, die Braut," fuhr sie dann mit dem Schein der Ueberraschung auf, „seht Ihr die Braut? Und bemerkt Ihr wohl?" setzte sie mit einem vielbedeutenden Blicke auf Agathe zu, daß es Coeur-Dame ist?"

„Was?" rief Zitterlein ergrimmt dazwischen.

Die Alte ließ sich nicht stören. „Hier wohnen wohl lauter Glückliche," fuhr sie fort, „seht Ihr hier Treff-As und wißt Ihr wohl, daß diese Karte eine reiche Erbschaft bedeutet?"

„Alte," antwortete Leonhard, „du sorgst dafür, daß ich über Nacht angenehm träume."

Zitterlein war kreideweiß geworden. „Packt Eure Sachen zusammen," rief er der Alten zu, „es ist Zeit, zu Bett zu gehen."

9.

Agathe hatte dem alten Hausierweibe frisches Oel in die Lampe gegossen, ihr Holz und Torf hingelegt, um das Feuer im Ofen damit zu unterhalten, und sie dann, wie ihr Vater schon vorher getan hatte, verlassen. Die Alte, wie sie sich allein sah, horchte an der Tür, ob vielleicht noch jemand im Hause wach wäre; darauf setzte sie sich an den Tisch und zog aus ihrer Tasche ein schmutziges, ledernes Beutelchen hervor, dessen Inhalt sie ausschüttete und eifrig überzählte. Dann steckte sie, mit dem Verdienst des Tages nicht besonders zufrieden, den Beutel verdrießlich wieder ein, und fing an, zur Zerstreuung in den Karten, die noch auf dem Tische lagen, herumzublättern. Mit einem Male ging die Tür auf und Zitterlein trat leise herein.

„Seid Ihr noch wach, Alte?" sagte er, indem er einen starren Blick auf die Karten warf.

„Ach Gott," antwortete sie und zuckte heuchlerisch die Achseln, „Sorge und Kummer sind unruhige Schlafkameraden!"

„Es freut mich, daß Ihr noch wach seid," fuhr Zitterlein fort, „denn ich muß Euch etwas fragen. Hört, Alte, ich hab' es wohl bemerkt, daß Ihr heute abend mit meiner Tochter und meinem Gesellen bloß Euer Spiel getrieben habt; nicht wahr, es ist so? Gesteht es nur!"

Die Alte wurde sehr verlegen und schielte Zitterlein von der Seite an, indes sie zugleich, wie unwillkürlich, die Karten durcheinander mischte; Zitterlein wurde nun ihre Verlegenheit nicht gewahr, sondern vertiefte sich in die magischen Blätter, die durch die knöchernen Finger des Weibes in immer veränderten Kombinationen hindurchliefen. Als die Alte dieses bemerkte, fühlte sie sich ermutigt; sie bezweifelte nicht länger, daß Zitterleins Glaube an ihre magischen Künste keineswegs so gering sei, als er sich den Anschein gab. Sie antwortete daher auf seine Frage nur mit einem Seufzer.

Zitterlein blickte zu ihr auf, als er den Seufzer hörte. Ihm wurde unheimlich zumut, und er mußte sich förmlich zusammennehmen, als er in hartem Ton zu ihr sagte: „Willst du mir nicht antworten, alte Hexe?"

„Lieber Herr," antwortete die Alte, „ich bin alt und arm, Ihr habt ein Recht, mich zu schimpfen."

„Vergib mir," erwiderte Zitterlein nach einer langen Pause, „vergib mir meine Härte, aber sieh mir ins Gesicht und gestehe mir, was ich ja doch schon weiß. Sieh, dein warmer Platz hinter dem Ofen soll dir bleiben, und überdies geb' ich dir morgen ein gut Stück Geld; gib du mir denn Wahrheit!"

Zitterlein ergriff ihre Hand und sah ihr fast flehend ins Gesicht; der Alten lief eine Regung von Mitleid durch die Seele, aber sie konnte der Lust, wenigstens einem Menschen als Repräsentantin der Geisterwelt zu erscheinen, nicht widerstehen. Sie antwortete: „Ich kann Euch die geheimnisvolle Schrift nicht lehren, die von unsichtbarer Hand auf diese unscheinbaren Blätter geschrieben ist; ich kann Euch nicht einmal sagen, woher mir das seltsame Verständnis dessen kam, was Tausenden ewig dunkel bleibt, aber Gott weiß, daß ich keine Lügnerin bin!"

„Was? was? schrie Zitterlein laut auf, „Ihr habt meine Tochter wirklich als Braut gesehen, wirklich als Braut?"

„Dankt Gott dafür," entgegnete die Alte, „ich sah schon manches Mädchen als Leiche!"

„Ich sähe sie lieber als Leiche!" antwortete Zitterlein fast tonlos und ging schnell aus dem Zimmer.

Er kehrte in seine Schlafkammer zurück. In einem daran stoßenden Alkoven schlief seine Tochter. Er setzte sich auf einen Stuhl und stützte den Kopf auf den Tisch. „Also auch verloren!" rief er mit einem gräßlichen Lächeln vor sich hin. Auf dem Tisch lag sein Messerbesteck; er zog ein Messer heraus, es funkelte scharf und blank im Strahl der flackernden Lampe. Er stand auf und blickte auf die Alkoventür, er tat einen Schritt vorwärts, aber da warf er das Messer schaudernd zu Boden und schlug sich mit geballter Faust ins Gesicht.

10.

Agathe lag in ihrem Bett, ohne zu schlafen. Sie litt an einem großen Schmerz. Zwei Gestalten drängten sich unaufhörlich vor ihre Seele: Leonhard, mit seinem treuen, blauen Auge, und ihr Vater, ihr armer, mit dem seltsamsten Fluch behafteter Vater. Unglückliches Mädchen, dem Tod und Leben aus einer Quelle fließen: die Liebe, die sich sonst wie ein sanfter Faden durch alle Kräfte und Bestrebungen einer jugendlichen Seele schlingt, und sie in holder Eintracht zusammenfaßt, ist für dich eine rasende Petrade, die die Grundpfeiler deiner stillen milden Natur erschüttert und den Abgrund des Lebens vor dir aufwühlt, statt ihn zu verschleiern!

(Fortsetzung folgt.)

Beginn:
Sonnabend ½9 Uhr früh.

Unser diesjähriger Inventur-Ausverkauf soll in Anbetracht der ungünstigen Wirtschaftslage allen Bevölkerungskreisen Gelegenheit geben, ihren Bedarf in

Qualitätswaren

zu Ausverkaufspreisen

zu decken. Wir haben die Ausverkaufspreise zum Teil mit ganz geringen, zum Teil ohne jeden Aufschlag, zum Teil aber auch

weit unter Einkaufspreis

kalkuliert. Wir bieten daher auch den Minderbemittelten durch diese

rücksichtslosen Preisherabsetzungen

eine selten günstige, sobald nicht wiederkehrende Kaufgelegenheit.

Kein Verkauf an Wiederverkäufer.

HOLSTENHAUS

Lübecker Volksbote

Beilage. Freitag, 4. Januar 1924. Nummer 3.

Freistaat Lübeck.

Freitag, 4. Januar.

Die Natur im neuen Jahr.

Die beiden großen Gestirne des Tages und der Nacht erleben im Jahre 1924 nicht weniger als fünf Verfinsterungen, von denen drei Sonnenfinsternisse und zwei Mondfinsterisse sind. Von den Sonnenfinsternissen, die auf den 5. März, den 31. Juli und den 30. August fallen, ist in Mitteleuropa keine sichtbar; sie sind alle drei partiell, und die beiden ersten sind nur unbedeutende Erscheinungen. Dagegen werden wir Gelegenheit haben, die beiden totalen Mondfinsternisse wahrzunehmen. Die erste ist am 20. Februar, die zweite am 14. August und namentlich diese wird bei uns während des ganzen Verlaufs, der sich über die Abendstunden erstreckt, gesehen werden können.

Ein interessantes Phänomen wird in diesem Jahre, und zwar am 8. Mai Merkur, der sonnennächste der Planeten, darbieten. An diesem Tage, an dem er in unserer Konjunktion zur Sonne steht, zieht er in Gestalt eines winzigen Pünktchens vor der Sonnenscheibe vorüber. Diese sogenannten Merkurdurchgänge sind freilich nicht so selten wie die Venusdurchgänge, deren letzter im Jahre 1882 war, und deren nächsten die heutige Generation nicht mehr erleben wird. In Europa ist nur der Austritt des Merkur aus der Sonnenscheibe um 6,36 Uhr vormittags zu beobachten.

Bedeutsam in wissenschaftlicher Hinsicht ist das Jahr 1924 auch in bezug auf den Planeten Mars. Am 23. August wird Mars in Opposition zur Sonne gelangen und dabei gleichzeitig die geringste Entfernung von der Erde erreichen, die überhaupt möglich ist. Diese Distanz beträgt bei der Opposition des kommenden Jahres 56 Millionen Kilometer und wird im ganzen 20. Jahrhundert nicht mehr vorkommen. Die Marsforschung erwartet von dieser besonders günstigen Gelegenheit wichtige Aufschlüsse über die Natur der Oberfläche des Planeten und vielleicht die endgültige Klärung des Problems der Marskanäle, eine Theorie, die rund vor einem halben Jahrhundert der berühmte italienische Marsforscher Schiaparelli aufgestellt hat; über die aber bis zum heutigen Tage noch längst keine Klarheit herrscht. Auf der nördlichen Halbkugel wird die Gelegenheit zur Marsbeobachtung weniger günstig sein als auf der südlichen, weil der Planet zurzeit seiner Opposition zwischen den Tierkreisbildern des Steinbocks und Wassermanns, also in nur geringer Höhe über dem Südhorizont steht. Die besten Ergebnisse für die Marsforschung werden demgemäß von den Sternwarten in den Tropen und auf der südlichen Halbkugel zu erwarten sein.

Zum Volksentscheid.

Wir fordern unsere Freunde auf, am Sonntag möglichst die Vormittagsstunden zur Stimmabgabe zu benutzen.

Parteigenossen, die am Wahltage noch mitarbeiten wollen, werden gebeten, sich Sonntag morgen 8½ Uhr im Sekretariat einzufinden. Parteigenössische Radfahrer sind besonders erwünscht.

Ferner ersuchen wir unsere Ortsgruppenvorsitzenden, das Abstimmungsergebnis schnellstens nach hier telephonisch mitzuteilen. Telephonnummer **2443**.

Das Parteisekretariat ist von 8½ Uhr ununterbrochen den ganzen Tag geöffnet.

Das Parteisekretariat.

Mehrfache Brände sind am Donnerstag ausgebrochen. Nachmittags 6,40 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Obertrave 14 gerufen. Dort war durch Ueberhitzen eines Ofens die Wandbekleidung und ein Sessel in Brand geraten. Das Feuer wurde schnell gelöscht. — Um 4,55 Uhr wurde die Wehr abermals und zwar nach der Gärtnergasse 5d gerufen. Hier war durch einen schadhaften Ofen der Fußboden in Brand geraten. Der Ofen mußte abgetragen werden, um den Brandherd, der unter dem Ofen lag, beseitigen zu können. — Um 9,17 Uhr wurde die Wehr nach der Johannisstraße 35 gerufen, wo ein Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Es brannten 2 Dachkammern und Vorraum. Die Wehr hatte bis 11,20 Uhr angestrengt zu arbeiten, weil sich das Feuer auch unterhalb des Fußbodens entwickelt hatte. Dieser mußte gänzlich aufgerissen werden, um so des Feuers Herr zu werden. Es mußte aber noch eine Brandwache zurückgelassen werden, weil in dem Gebälk noch allerlei verdächtige Schwelungen beobachtet wurden. —e.

Umsatzsteuer in Goldmark. Die zweite Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 hat die Umsatzsteuer allgemein auf Gold umgestellt. Bei der Berechnung der Umsatzsteuer in Gold ist zwischen Steuerpflichtigen zu unterscheiden, die während des ganzen Vorauszahlungsabschnittes Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt haben, und den übrigen. Bis zum Erlasse näherer Bestimmungen gelten für die Umsatzsteuer Bücher dann als auf wertbeständiger Grundlage geführt, wenn alle Buchungen ausschließlich in Goldmark oder in den unten angegebenen ausländischen Zahlungsmitteln gemacht worden sind. Der Steuerpflichtige, der Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt hat, hat zu errechnen, wieviel der gesamte Umsatz im Vorauszahlungsabschnitt in Gold betrug und danach die Höhe der Vorauszahlung in Gold zu ermitteln. Für die Umrechnung ausländischer Zahlungsmittel ist der Goldmarkkurs maßgebend, den die ausländischen Zahlungsmittel am letzten Tage des Vorauszahlungsabschnitts an der Berliner Börse gehabt haben. Hat der Steuerpflichtige im Vorauszahlungsabschnitt Bücher auf wertbeständiger Grundlage nicht oder nur teilweise geführt, so hat er den Goldbetrag des Umsatzes unter Zugrundelegung des Durchschnitts des Dollarkurses im Vorauszahlungsabschnitt und danach die Höhe der Vorauszahlung in Gold zu ermitteln. Die Umrechnungssätze werden jeweils rechtzeitig im Reichsanzeiger bekannt gegeben. **Der Umrechnungssatz für die Dezemberumsätze beträgt 1 Billion, der Umrechnungssatz für die Umsätze des 4. Kalendervierteljahres 1923 beträgt 592 Milliarden.** Im übrigen hat die zweite Steuernotverordnung den Satz der allgemeinen Umsatzsteuer vom 1. Januar 1924 ab auf zweieinhalb vom Hundert erhöht und vom 1. Januar 1924 ab die Umsätze in das Ausland (Ausfuhr) von der Umsatzsteuer befreit. Auch haben künftig, erstmals im Januar 1924 die zu vierteljährlichen Vorauszahlungen verpflichteten Steuerzahler (wie bisher die zu monatlichen Vorausbezahlungen verpflichteten Steuerpflichtigen) jeweils bis zum 10. des Monats die Voranmeldungen abzugeben und die entsprechenden Vorauszahlungen zu leisten. **Bis zum 10. Januar 1924 haben also sämtliche Steuerpflichtigen die nächsten Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer zu leisten.** Die Umsatzsteuerveranlagung für 1923 wird nur in beschränktem Maße durchgeführt werden. Nur den in Frage kommenden Steuerpflichtigen wird ein Steuererklärungsvordruck zugeschickt werden. Die vorstehenden Ausführungen finden auf die Holzverkaufsabgabe (Pressenotabgabe) entsprechende Anwendung.

Deine Stimme laute Ja!

Die staatliche Pressestelle im Dienste des Senats.

Wie die Interessentenkammern gegen die Beamten intrigierten und der Senat zunickte.

Im Nachrichtenamt wurde vor einiger Zeit ein Personenwechsel vollzogen. An Stelle Dr. Stuckens trat Prof. Mahn von der früheren Baugewerkschule. Persönliche Freunde dieses Nachrichtenamtes waren wir von vornherein nicht, obwohl wir an der Tätigkeit des ersten Leiters nichts auszusetzen hatten. Er faßte sein Amt unparteiisch auf und suchte sich auch, wie es sich gehört, mit der Presse auszusprechen und zu verständigen. Mit Prof. Mahn ist dies anders geworden. Der neue Leiter arbeitet auf eigene Faust, just so, als ob wir bereits wieder in selig entschwundenen Zeiten lebten, wo der ganze Beamtenapparat zur Verherrlichung der regierenden Gewalten funktionierte. Recht schreibbeflissen beteiligt sich auch Herr Prof. Mahn in diesem Sinne. Seine Arbeiten fanden deshalb bei uns auch die entsprechende Würdigung; sie blieben ungedruckt. Umso lieber verschluckte sie die bürgerliche Presse. Wie berechtigt unser Mißtrauen gegen den neuen Nachrichtenamtsleiter war, zeigte der letzte Artikel, in dem sich Mahn offen als Wahlpropagandeur des Senats produziert. Er streitet gegen die sozialdemokratische Wahlflugschrift „De Wullenwever" an und versucht zu widerlegen, wo er selbst gar nicht im Bilde ist.

In seiner Unschuld enthüllt aber der Fürsprecher des Senats noch eine bisher unbekannte Großtat, die das gleich schöne Bild zeigt wie das Vorgehen des Senats bei der Gewerbesteuer. Herr Prof. Mahn erklärt,

> **der Senat habe anfänglich auf Grund eines dringenden Einspruchs der Finanzbehörde, der Handels- und der Gewerbekammer davon abgesehen, sich für die Einreihung Lübecks in die Ortsklasse A einzusetzen.**

Also auch hier sind die sich mit triefender Beamtenfreundlichkeit gebärdenden bürgerlichen Kreise die Hemmnisse einer gerechten Entlohnung. Bemüht sich die bürgerliche Senatsmehrheit als Schleppenträgerin des Kapitals, das sich hinterrücks gegen die „Begehrlichkeit des Beamtentums" beim Senat wendet und in der Oeffentlichkeit heuchlerisch als dessen Beschützer aufwirft.

So sieht die Beamtenfreundlichkeit und der Interessenausgleich der Reaktion aus!

Man schützt durch eine Ortsklassenversetzung schwerwiegende Folgen für Handel und Industrie vor und heulmeiert über Konkurrenzunfähigkeit, genau so, wie man es im alten Staat bei Verbesserungsanträgen der Sozialversicherung getan hat. In Wirklichkeit waren die Neinsager nur um ihren Profit bange — deshalb **protestierten sie gegen die notwendige Besserstellung der Beamten,** gegen die Anerkennung Lübecks als teure Stadt. Sie wollten damit gleichzeitig den Angestellten und Arbeitern die Waffen für einen Teurungsausgleich aus der Hand schlagen. Und jetzt buhlen diese Biedermänner um die Stimmen der von ihnen aufs Trockene gesetzten Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Es ist auch nicht erwiesen, wie Prof. Mahn behauptet, daß sich der Senat mit Unterstützung der Beamtenorganisationen für eine beschleunigte Erledigung der Ortsklasseneinreihung verwandt habe und die Beamtenorganisationen etwa die Hinterherhinkenden gewesen seien, sondern wahr ist

> **daß der Senat durch den Druck dieser Organisationen sich dafür verwenden mußte. Nicht der Senat war der Führer, sondern der Getriebene!**

Und wenn sich der Fürsprecher des Senats und amtlich bestallte Leiter des Nachrichtenamtes glaubt auf das Dankschreiben des Lübecker Beamtenbundes berufen und dieses in Gegensatz zu Genossen Schermer stellen zu können, dann hat er auch hier daneben gehauen. Dieses Dankschreiben war doch nur eine Höflichkeitsformel für Leute, die sich dem Vorgehen der die Initiative ergreifenden Beamtenorganisationen später angeschlossen hatten. Der Senat war wirklich nicht der Führende. Er glaubte vielleicht zu schieben, wurde aber geschoben.

Der Volksentscheid und die Bürgerschaftssitzung vom 18. April 1922.

Ja!

In dem Wahlkampf über das Vertrauen des bisherigen Senats ist bislang nur von den Unstimmigkeiten des letzten Jahres die Rede. Uns scheint, man dürfte bis auf die Bürgerschaftssitzung vom 18. April 1922 zurückgehen, in der bereits über die **Rede des Bürgermeisters Beschwerde geführt ist,** in der er **„das große Unheil der Novembertage 1918"** beklagt hat.

Ist die Auslegung des Senatskommissars richtig, daß diese Worte des hanseatischen Bürgermeisters nicht republikfeindlich seien, oder die des Rufers der Bürgerschaftsmehrheit?

Wähler Lübecks, prüfet das Bürgerschaftsstenogramm vom 18. April 1922 (Lübeckische Blätter 1922 Nr. 17, Beil. S. 518—520) und antwortet am 6. Januar mit einem vernehmlichen

Ja!

Es steht nichts Unwichtiges auf dem Spiele für den deutschen Staat und die freie Stadt Lübeck. Z.

ADGB. und Volksentscheid.

Eine gemeinsame Versammlung aller Funktionäre des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Ortsausschuß Lübeck), Betriebsrätezentrale Lübeck (A.D.G.B.-Afa), Allgemeiner freier Angestelltenbund (Ortskartell Lübeck) und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (Ortsausschuß Lübeck) befaßte sich mit dem Thema: „Die Wirtschaft Lübecks und der Volksentscheid."

Genosse Dr. Leber legte in längerer Ausführung die gemeine Agitationsweise der bürgerlichen Parteien dar. Allgemeine Entrüstung riefen die von der Gegenseite gemachten persönlichen Anzapfungen hervor, die selbst interne Familiensachen im Wahlkampf benutzt, um gefährliche Gegner bloßzustellen. Genosse Haut ging auf die wirtschaftlichen Verhältnisse im großen und speziell diejenigen Lübecks des näheren ein. In der Aussprache wurden von dem Genossen Puls die Behauptungen der Bürgerlichen zurückgewiesen, daß alte Sozialdemokraten sich im Schlepptau des Genossen Leber befänden. Die alten Parteigenossen wüßten schon, was sie zu tun hätten. Wenn die energischen Zurückweisungen seitens der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften jetzt geschehen, so tragen nur die bürgerlichen Parteien und ihre Wirtschaftspolitik daran die Schuld, die sich zum Schaden der Allgemeinheit in Lübeck ausgewirkt hätten. Der Versammlungsleiter, Genosse Rocksien, konnte den Schluß ziehen, daß Einmütigkeit über die scharfe Abwehr der bürgerlichen Verstöße bestehe. Daß ferner auch die Form der Abwehr von den Vertretern der wirtschaftlichen Verbände gutgeheißen sei. Nachdem dann noch die Aufforderung vom Vorsitzenden erging, in den Betrieben eine rege Agitation im Sinne der Ausführungen zu betreiben, damit am 6. Januar ein Resultat gezeitigt werden könne, welches der Allgemeinheit zum Vorteil gereiche und den wirtschaftlich Schwachen eine Stütze im Wirtschaftsleben biete. Dieses könne nur dadurch geschehen, daß am 6. Januar 1924 ein einstimmiges „Ja" erfolge. r-n.

Neukonstituierung der Preisprüfungsstelle.

Unter Vorsitz des Senators Löwigt wurde am Donnerstag die Preisprüfungsstelle neu konstituiert. Es wurden mehrere Fachausschüsse gebildet, so für Lebensmittel, Genußmittel und Brennstoffe; für Bekleidungsgegenstände, Hausstandswaren und Möbel und für gewerbliche Leistungen. Diese Ausschüsse sollen die Preisbildung übernehmen und nachprüfen und die Geschäftsleute darauf hinweisen, daß die Preisbildung nicht willkürlich erfolgen dürfe. — Die Preise stehen mit den heute gezahlten Löhnen und Gehältern in gar keinem Verhältnis. Eine merkliche Herabsetzung der Preise ist unbedingt notwendig. Um diese zu erreichen, ist von größter Bedeutung, daß vor allem die Zentralprüfungsstelle im Reich auf die großen Kartelle den nötigen Druck ausübt und den Ursachen der Preistreiberei nachgeht.

Das Eis in der Ostsee.

Der gestrige Eisbericht des Lotsenamtes Travemünde lautet: See: loses Eis; Hafen: dünne Eisdecke; Revier: starke Eisdecke. Fahrrinne wird offengehalten. Temperatur minus 11 Grad. Ueber die Eisverhältnisse an der dänischen Küste wird aus Kopenhagen gemeldet: Die durch den anhaltenden Frost eingetretenen Eisschwierigkeiten nehmen nunmehr ernsteren Umfang an. An vielen Stellen an den Küsten sitzen kleinere Schiffe im Eise fest. In den hiesigen Hafen können Frachtschiffe nur noch mit Hilfe von Eisbrechern ein- und auslaufen. Alle vorhandenen Eisbrecher sind in Tätigkeit, darunter auch zum ersten Mal der neue starke Eisbrecher Isbjörn. Auch in der offenen See beginnt jetzt die Eisbildung. Man rechnet beim Anhalten der kalten Witterung mit großen Hinderungen für die Schiffahrt.

Wichtige Neuerung im Schlichtungswesen.

Am 1. Januar 1924 trat die Neuregelung des Schlichtungswesens auf Grund der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 in Kraft. Damit geht die Schlichtung der arbeitsrechtlichen Gesamtvereinbarungen, also der Streitigkeiten aus den Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Arbeitsordnungen, auf die neugebildeten Schlichtungsausschüsse, in wichtigen Fällen auf die Schlichter über; alle sonstigen bisher von den Schlichtungsausschüssen, Gewerbeaufsichts- und Bergrevierbeamten, sowie den Bezirksausschüssen entschiedenen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, insbesondere die wichtigen Kündigungsstreitigkeiten aus § 84, Betriebsratsabsetzungs- und Auflösungsstreitigkeiten aus § 39 und die die Wahlen, Geschäftsführung usw. der Betriebsvertretungen betreffenden Streitigkeiten aus § 93 des Betriebsrätegesetzes werden künftig von den Arbeitsgerichten entschieden. Die Durchführung der neuen Organisation ist in Preußen, wie der Minister für Handel und Gewerbe mitteilt, im wesentlichen in die Hände der Regierungspräsidenten gelegt, bei denen die Interessenten den Sitz und Bezirk ihres zuständigen Schlichtungsausschusses und Schlichters (die Schlichter dürften in den nächsten Tagen vom Reichsarbeitsminister ernannt werden) erfahren können. In der Hand der Schlichter liegt — abgesehen von ihrer schlichtenden Tätigkeit, in wichtigen Fällen — künftig auch die bisher den Demobilmachungskommissaren obliegende Entscheidung über Anträge auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse, soweit die fragliche Gesamtvereinbarung in ihrem Bezirk Geltung hat; ragt der Geltungsbereich, wie vor allem bei Reichstarifen, über das Gebiet eines Schlichters hinaus, so ist, wie schon bisher, der Reichsarbeitsminister für die Verbindlichkeitserklärung zuständig. — Als Arbeitsgerichte dienen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und, wo solche nicht bestehen, besondere arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse.

Das Verfahren vor den Arbeitsgerichten ist durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. Dezember 1923 (R.-G.-Bl. S. 1191) geregelt. Alle künftig vor die Arbeitsgerichte gehörigen Streitigkeiten sind, soweit sie am 31. Dezember 1923 vor den Schlichtungsausschüssen usw. nicht abgeschlossen sind, binnen 2 Wochen bei dem zuständigen Arbeitsgericht erneut anhängig zu machen, andernfalls geht der Berechtigte seines Anspruches verlustig.

Der von den Tarifverträgen, insbesondere von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung handelnde erste Teil der Verordnung vom 23. Dezember 1918 ist durch die Neuregelung unberührt geblieben.

Sozialdemokratischer Verein. Achtung, Beitragskassierer! Die verkauften Beitragsmarken für Dezember sind umgehend abzurechnen. Die Beitragsmarken für Januar können in Empfang genommen werden. Das Parteisekretariat.

Wöchentliche Mietezahlung zugelassen. Einer Ermächtigung der Reichsregierung folgend hat der Senat für das lübeckische Staatsgebiet angeordnet, daß die Mieter nicht nur wie bisher an Stelle der vierteljährlichen Vorauszahlungen die Miete monatlich zahlen können, sondern auch wöchentlich. Der Grund für diese Anordnung liegt darin, daß heute zahlreiche Mieter erwerbslos oder sonst bedürftig und nicht in der Lage sind, eine Monatsmiete im voraus zu zahlen. Die wöchentliche Zahlung erfolgt am praktischsten so, daß die Monatsmiete in vier Teile geteilt wird und je eine Rate am 1., 8., 15. und 22. des Monats entrichtet wird. Umgekehrt können die Vermieter in den Fällen, in denen die Miete nachträglich gezahlt wird, ebenfalls verlangen, daß die Miete bereits am Ende jedes Monats oder jeder Woche in entsprechenden Raten gezahlt wird.

Große Beamtenversammlung im Marmorsaal.

Am Mittwochabend konnte der Marmorsaal die Massen kaum fassen. Gen. Frost eröffnete mit kurzen Worten die Versammlung, bat um allseitige Ruhe und sicherte jedem volle Redefreiheit zu. Zunächst sprach

Reichstagsabgeordneter Genosse Bender:

und legte in einer 1½stündigen Rede ruhig und sachlich die politischen Ereignisse der letzten Zeit, soweit sie die Arbeitnehmerschaft betrafen, dar. Gemeinsam ständen in einer Front die Organisationen der Regierung gegenüber, die das im Juli eingegangene Wertbeständigkeitsabkommen gebrochen hatte. Von 72 Prozent des Friedensgehalts im Juli sank das Einkommen im Oktober auf 77 Prozent, im November auf 29 Prozent. Die Regierung folgte dem Druck der Arbeitgeberkreise, die unablässig tätig waren, gegen die Organisationen möglichst tiefe Gehälter herauszubringen. Das im November so niedrige Papiergeldgehalt wurde dann in Goldgeld umgerechnet. Die Regierung hatte nur 220 Millionen Mark Kredit seitens der Rentenbank. **Steuern gingen nicht ein, hatte man doch die immer wieder von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Steuerreform im Reichstage abgelehnt!** Und zwar seitens der bürgerlichen Parteien, bis es zu spät war. Nun konnten die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die ihrerseits stets hohe Steuern entrichtet hatten, nicht mehr ausreichend bezahlt werden. Seltsam berührte die Begründung der Regierung: **Die Kaufkraft der Massen sollte durch niedrige Löhne gedrückt werden, dann würden die Preise fallen!** (Gelächter.) Gen. Bender nahm diese eigenartige Begründung gründlich unter die Lupe. Ebenso unverständlich ist es, wenn man auf der einen Seite Arbeiter auf die Straße setzt, gleichzeitig die Arbeitszeit verlängert, damit der übrig bleibende Teil der Leute für die Ausgestoßenen mitarbeitet, denn die Erwerbslosenunterstützungen müssen wir alle durch Steuern aufbringen. Man nennt das Hebung der Produktion und zahlt für 10 Stunden Arbeit schließlich weniger Lohn als für acht Stunden. Diese ganzen Pläne sind eben schon vor zwei Jahren von den Arbeitgeberverbänden ausgeheckt worden. Heute, wo das Kapital wieder zur Macht gelangt ist, werden sie durchgeführt. Und diese Kreise sind in der deutschnationalen Volkspartei und der deutschen Volkspartei!

Gen. Bender sprach dann weiter über die Veränderung der Spannung zwischen den Gruppen in der Beamtenbesoldung und vertrat die Ansicht, daß, wenn schon die Mittel für die Gehälter zu gering wären, die Spannungen nicht zugunsten der oberen Gruppen erweitert werden dürften. Das hat man aber trotzdem getan. Der Beamte der Gruppe 13 erhielt beim Dezembergehalt eine Aufbesserung von 131 Mk. im Monat und somit ein Monatsgehalt von 337 Mark, der Beamte der Gruppe 3 dagegen erhält ganze 71 Mark! Wo der größere Wohlstand vor dem Kriege war, legte man also noch zu. Das ist nicht in der Ordnung! (Sehr richtig!) In der [illegible] Not muß auch der höhere Beamte sich etwas nach der [illegible] richten. Geht es uns besser, so wird man ihm gerechterweise wieder höhere Gehälter bezahlen. Die schwere Gefahr der geringen Besoldung aber liegt auf der moralischen Seite. Wo bleibt die Unbestechlichkeit der deutschen Beamtenschaft, wenn der Hunger sich breit macht? — Heute klagen die Blätter der Rechten über die niedrige Besoldung. Sie haben vergessen, daß noch vor kurzer Zeit die Stimmen anders klangen. Damals setzte eine Hetze gegen die Beamtenschaft ein, wie sie schlimmer nicht gedacht werden konnte. Heute hat der Kapitalismus die Macht! Wir alle sollen unter das Joch! — Wir tragen aber auch selber Schuld! (Sehr richtig!) Redner erinnerte an die letzten Wahlen. Immer noch sind Angestellte und Beamte, die ihre politische Freiheit der Revolution, der Tätigkeit der Sozialdemokratie verdanken, den Rechtsparteien gefolgt! Und Bender erinnerte an die schmachvollen Zustände vor der Revolution. Wir dürfen es dem Kapital nicht übelnehmen, wenn es jetzt seine Stellung auswertet. Wir leben in einer Gesellschaft, die unter dem Zeichen des Klassenkampfes steht. Man soll aber nicht alle Schuld heute der Sozialdemokratie in die Schuhe schieben, die man selber nicht gewählt hat, die nicht die Mehrheit hat und darum niemals für alles verantwortlich gemacht werden kann. Redner zeigte das auch am Abbaugesetz. Ein derartiger Abbau wäre nie nötig gewesen, wenn man die besitzenden Klassen rechtzeitig zum Steuerzahlen herangeholt hätte! Der Vorwurf der Beamtenfeindlichkeit aber ist Unsinn. Hätte man die Rechte der Beamten beseitigen wollen, so wäre es ein Leichtes am 9. November gewesen und später in der Verfassung. Wer verhinderte ferner die Verabschiedung des Beamtenrätegesetzes? — Die rechten Parteien! Redner zeigte dann weiter, wie die sozialdemokratische Fraktion Milderungsanträge an den 15er Ausschuß gesandt hätte. Die Anträge sind abgelehnt worden. Wir haben auch dort natürlich nicht die Mehrheit. — Als Bender dann zum Schluß auf den Volksentscheid hinwies und bat, aus dem Gehörten die Lehre zu ziehen, erscholl lauter Beifall.

Genosse Dr. Pieth:

Den Wahlaufruf **„Das Wohl der Vaterstadt!"** können wir übernehmen, aber wir fügen hinzu: **„Volkswille oder Diktatur des Kapitals?"** Gen. Dr. Pieth wies auf die Art des Wahlkampfes seitens des Bürgertums hin, das jeden Gegner persönlich in den Schmutz zu ziehen sucht und ging dann auf die Anklage gegen den Senat ein. Nur Tatsachen wurden kurz aber treffend gezeichnet. Es wurde gezeigt, wie der Senat die Amtsblattfrage zwei Jahre verschleppt hatte, um dann, nachdem Rathenau ermordet war, die politische Lage eine ganz andere geworden war, nachdem ein neuer veränderter Antrag in der Bürgerschaft eingebracht war, plötzlich mit dem alten kam. Es wurde die Frage der Demokratisierung der Verwaltung behandelt, die Schulreform, in der sich die Demokraten das Höchste geleistet haben, indem ihr Vertreter alles ablehnte und Herr Klein sich kürzlich in einer Wahlversammlung als Verteidiger des ersten Entwurfes aufspielte. Dabei haben bis zuletzt Vertreter des Lehrervereins Gelegenheit gehabt mitzuarbeiten. Der wesentlichste Punkt sind die Kompetenzen des Schulleiters. Im letzten Entwurf hat man sie genau festgelegt. Das Kollegium jeder Schule erhält die Selbstverwaltung. Es macht gemeinsam mit dem Elternrat einen Wahlvorschlag. Die Ernennung liegt zwar in den Händen der Behörde, aber diese muß schriftliche Gründe mitteilen, falls sie dem Kollegium nicht folgen will. Wenn keinerlei Einigung möglich ist, entscheidet der Senat. Gegen die Einführung der Selbstverwaltung stimmten nur Bürgerliche. Auch auf den Untersuchungsausschuß wurde eingegangen. Der Bericht steht noch aus, aber daß grobe Uebergriffe von seiten einiger Beamten vorgekommen sind, wurde auch von den Vertretern zugegeben. Aber keiner der Schuldigen hat den Mut gefunden, für seine Taten einzustehen. — Als Gen. Pieth dann zum Schluß an der Hand von Flugblättern die Art des Kampfes seitens der Bürgerlichen zeigte, da klang das „Ja" zum Volksentscheid siegesgewiß. (Großer Beifall.)

Genosse Schermer

führte aus, wie er von Mitgliedern der demokratischen Partei, die es eingesehen haben, daß die Demokratie keinen Boden mehr in der demokratischen Fraktion der Bürgerschaft findet, veranlaßt worden sei, in den Kampf einzugreifen. Redner wies darauf auch seinerseits auf die Kampfmethoden hin, wie sie vom Bürgertum beliebt werden. Jeder unbequeme Gegner wird entweder mit Schmutz beworfen oder unter dem feigen Deckmantel des Pseudonyms der Verfolgung eigener Interessen des Strebertums verdächtigt. Eine vornehme Kampfesweise! Redner lehnte derartige Pläne entschieden ab, auch die Rückkehr in die Bürgerschaft. Er wolle seinem Berufe leben an der neu zu gründenden Gemeinschaftsschule. Aber das Recht der freien Rede lasse er sich auch von den Herren der deutschen Volkspartei nicht nehmen. (Großer Beifall). Er ging dann offen auf frühere Kämpfe zwischen ihm und seinen Parteifreunden ein, streifte die Schulfragen, die endlose Jahre dauernde Verschleppungspolitik des Senats, die Kämpfe mit der Beamtenkommission und forderte auf, gewerkschaftlich in der Arbeitnehmerpolitik zu handeln gegen die Parteien des Kapitals, das unser größter Gegner ist; einzutreten für die Demokratie, auch bei der Zusammensetzung des Senats. Ein „Ja" muß die Antwort sein. (Beifall) — In der Debatte sprach zunächst Herr Windisch. Er wiederholte die üblichen Angriffe gegen die Sozialdemokratie wies auf die durchlöcherte Verfassung, den Belagerungszustand hin, unterstützte die bisherigen Ausführungen gegen die Rechtsparteien und forderte zur Beseitigung des Senates auf. (Beifall)

Herr Klein warf unserer Partei das Ermächtigungsgesetz und den Beamtenabbau vor. Als er durch Zwischenrufe auf die Haltung seiner Partei hingewiesen wurde, erklärte er, daß ihn persönlich das garnichts anginge. Der Senat habe betreffend des Abbaus garnichts getan. Das wäre das Beste! (Gelächter) — War die Stimmung der Versammlung bisher eine ruhige gewesen, so wurde es jetzt lebhafter, als Herr Klein in gar zu demagogischer Weise die Amtsblattfrage und die Schulreform behandelte. Der Vo sitzende der demokratischen Bürgerschaftsfraktion erklärte unter großem Gelächter: „Meine Fraktion geht mich nichts an".

Zur Gewerbesteuer brachte Herr Klein im Gegensatz zu einem unserer Flugblätter statt der Augustzahlen die Dezemberzahlen. Sollte das Beweis sein für die erfüllte Steuerpflicht des Kapitals?

Als Herr Klein dann am Schlusse die Anwesenden für ein „Nein" kaufen wollte, scholl ihm ein lautes „Ja" entgegen. — Herr Dr. Gaisemann warf unserer Partei allerlei nur Gehörtes vor, ging dann auf Sowjetrußland ein, erzählte von einer kranken Kuh, die er melken wollte. Dann kam Oesterreich an die Reihe und so holte er sich auch wieder den stark ironisch klingenden Beifall. —

Genosse Dr. Leber

wurde mit starkem Beifall empfangen. In einer ganz vorzüglichen längeren Rede rechnete er mit Herrn Klein ab. Punkt für Punkt wurde durchgenommen. Der Gegner mochte noch soviele Zwischenrufe machen, er erhielt für jeden seine Quittung. Genosse Dr. Leber konnte sich auf eigene Urteile im Volksboten vor Jahresfrist berufen, die leider in Erfüllung gegangen waren. Der Gewerbesteuergesetzgebung wurde auch nichts geschenkt. Der Senat ist nun einmal gerade der Forderung der wertbeständigen Zahlung nicht nachgekommen. Klar wies der Redner nach, wie konsequent die sozialdemokratische Fraktion stets gehandelt hätte. Einem unverschämten Zuruf eines „vornehmen" Gassenbuben parierte der Redner sehr geschickt durch festes Zugreifen. Der Beweis für den Vorwurf blieb aus, der Herr verzog sich. Zum Schluß streifte Genosse Dr. Leber durch eine kleine Blütenlese die infame persönliche Hetze der Gegner, denen nichts heilig ist. Wie die Versammlung darüber dachte, ging aus den erregten Pfuirufen hervor. Endlich bat der Redner, doch einmal ruhig über alles heute abend Gesagte nachzudenken. „Wir werden uns dann entgegenkommen, entgegen auf dem Wege zum Sozialismus!" Als Gen. Leber die Frage zum Volksentscheid stellte, ging die Antwort in einem Beifallssturm unter.

Nach einem kurzen Schlußwort des Gen. Bender konnte Gen. Frost die Versammlung kurz vor ein Uhr schließen. Sie war ein voller Erfolg für den Volksentscheid „Ja!"

Niedriger hängen! Um bei ihren Lesern persönliche Stimmung gegen sozialdemokratische Redner zu machen, schreiben die „Lübecksche Anzeigen" in ihrem Bericht über die Beamten-Versammlung, ich hätte Herrn Senator Kulenkamp als „vertrocknete Mumie und Stimmvieh im Senate" bezeichnet. Dieses „Zitat" haben sich die „Lübeckschen Anzeigen" aus den Fingern gesogen. Ich habe es vielmehr gekennzeichnet, daß man aus durchsichtigen Gründen diesen Mann, den ich ausdrücklich als „einen persönlichen Ehrenmann" bezeichnet habe, dazu mißbraucht, lediglich die bürgerliche Mehrheit im Senat künstlich aufrecht zu erhalten. Das obige Zitat der „Lübeckschen Anzeigen" erkläre ich für unwahr.

Dr. Pieth.

Eine kommunistische Versammlung im Gewerkschaftshaus befaßte sich am Donnerstag abend mit dem Volksentscheid. Sprecher war Roß, der ziemlich stark auf der Sozialdemokratie herumritt. Die Kommunisten konnten aber trotz allen Einwänden gegen das sozialdemokratisch-bürgerliche Bruderpaar gar keinen andern Entschluß fassen, als mit Ja! zu stimmen. Dieser Aufforderung pflichtete die gut besuchte Versammlung bei.

Geschäftsergebnis der Hansa-Brauerei A.-G. Lübeck. Einschließlich Vortrag erzielt sich für 1922/23 ein Bruttoerträgnis von 299,59 (i. V. 0,016) Milliarden Mk., denen an Ausgaben für Rohstoffe, Unkosten und Steuern 152,6 (0,15) Milliarden Mk. gegenüberstehen, sodaß ein Reingewinn von 146,94 Milliarden (i. V. 662,388) Mk. ergibt. Hiervon sollen 129,8 Milliarden teils der gesetzlichen, teils der Sonderrücklage zugeführt und 17 Milliarden Mk. vorgetragen werden.

Die Lohn- und Tarifkämpfe auf den Seeschiffswerften.

Die Unternehmer drohen mit Aussperrung.

Am 30. Dezember tagte in Hamburg eine allgemeine Werftarbeiterkonferenz. Es waren 40 stimmberechtigte Vertreter aus den Orten Hamburg, Kiel, Bremerhaven, Bremen, Flensburg, Lübeck, Emden, Rostock, Tönning, Stettin, Osterholz-Scharmbeck, Vegesack, Wilhelmshaven, Rendsburg und Nordenham anwesend. Kempkens von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gab einen Ueberblick über die abgeschlossenen Lohnverhandlungen und die Gestaltung der Organisationsverhältnisse auf den Werften. Er betonte die Notwendigkeit, daß jetzt endlich eine eingehende Aussprache notwendig sei, nachdem die Entwicklung zu einem gewissen Abschluß gelangt wäre. Schon während der letzten Werftarbeiterkonferenz im Juli dieses Jahres waren die Verhältnisse für die Werftarbeiter außerordentlich ernst. Sie sind seitdem noch viel ernster geworden. Die wirtschaftliche Lage wurde immer schlechter. Der Mangel an Aufträgen auf den Werften wirkte sich naturgemäß auch bei den Verhandlungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr stark aus. Die Organisationen waren genötigt, Woche für Woche mit den Arbeitgebern um die Höhe der Löhne zu kämpfen. Leider waren die Unternehmer niemals von sich aus bereit, Lohnerhöhungen zu gewähren, so daß wieder von Woche zu Woche das Reichsarbeitsministerium durch einen Sonderschlichtungsausschuß eingreifen mußte. Besondere Schwierigkeiten bereitete den Organisationen die Taktik der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller, Abteilung Seehäfenwerften, die mit allen Mitteln versuchte, die Spannung der Löhne der angelernten, ungelernten und jugendlichen zu denen der gelernten Arbeiter immer größer zu gestalten. Im August gelang es endlich nach langen Mühen, ein festes prozentuales Verhältnis der Gruppen zueinander zu erreichen. Sehr oft bestand für die Arbeitnehmerbeisitzer die Zwangslage, auch einem Schiedsspruch ihre Zustimmung zu geben, der keineswegs den Wünschen der Arbeiterschaft entsprach. Wäre das jedoch nicht geschehen, dann wäre wahrscheinlich überhaupt niemals ein Spruch zustande gekommen. Die Verhandlungskommission und die Zentralwerftkommission sind trotz der ungeheuren Widerstände bereit, die volle Konsequenz für ihr Handeln zu übernehmen. Eine gewisse Stabilisierung der Löhne glaubte die Kommission durch die Einführung der Festmarklöhne gefunden zu haben. Leider erwies sich auch diese Hoffnung als trügerisch infolge des ungeheuren Marksturzes. Mit der Einführung der Goldmarklöhne endlich war eine schwache Besserung der Verhältnisse möglich. Die Lohnforderungen der Organisationen beliefen sich auf 62 bis 58 Goldpfennig die Stunde. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie im Gegensatz zu den früheren Zugeständnissen den Goldlohn auf 40 Pfennig herabsetzen würden. Es kam ein Vorschlag zustande, wonach die vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Unparteiischen den Goldlohn für Hamburg auf 44, für Tönning und Rostock auf 36, und für die übrigen Werftorte auf 40 Pfg. die Stunde festlegen sollten. Ein Spruch konnte wegen der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber nicht zustande kommen. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen jedoch gab das Reichsarbeitsministerium einen Schiedsspruch ab, wonach die Löhne für Hamburg auf 45 bis 43 Pfg. für Gelernte, auf 42 bis 40 Pfg. für Angelernte und auf 36 bis 34 Pfg. für Ungelernte festgelegt wurden. Für Rostock und Tönning betrugen nach dieser Entscheidung die Löhne in denselben Gruppen 38 bis 29 Pfg. und in den übrigen Werftorten 41 bis 31 Pfg. die Stunde. **Die Unternehmer lehnten selbst diesen Schiedsspruch noch ab.** Die von den Arbeitnehmerorganisationen beantragte Verbindlichkeitserklärung stieß wieder auf sehr starke Schwierigkeiten. Es wurden erneute Verhandlungen angesetzt, und nunmehr bestätigte ein Schiedsspruch vom 18. Dezember im wesentlichen dieselben Löhne, die bereits vorher genannt wurden. Die Unternehmerbeisitzer sträubten sich wiederum, dem Schiedsspruch ihre Zustimmung zu geben, so daß dieser nur mit den Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer durchzusetzen war. Die wiederum beantragte Verbindlichkeitserklärung konnte inzwischen noch keine Erledigung finden. Das Ergebnis dieses Schrittes bleibt abzuwarten. Soll das Elend der Werftarbeiter nicht noch größer werden, dann wird es Aufgabe aller sein, das alte Organisationsverhältnis wiederherzustellen.

Es fand darauf eine längere Aussprache statt, in der man sich eingehend mit den Verhältnissen auf den Werften beschäftigte und in der unter andern auch Dißmann vom Zentralvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes das Wort ergriff. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme folgender

Erklärung zur Lohnfrage:

„Die heutige Werftarbeiterkonferenz erkennt die Bemühungen der Verhandlungskommission an, unter den erschwerenden Umständen der letzten Monate den Interessen der Werftarbeiter gerecht zu werden. Wenn diese Bemühungen nicht das gewünschte Ergebnis zeitigten, so deshalb, weil die Werftbesitzer unter Ausnutzung der allgemeinen Wirtschaftsnot alle Mittel anwenden, um die Löhne zu drücken und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Diese Einstellung der Werftbesitzer erhält ihre besondere Charakterisierung durch die Androhung einer Aussperrung, falls das Reichsarbeitsministerium den letzten Schiedsspruch, der den Werftarbeitern zum wiederholten Male höchst bescheidene und unzureichende Löhne brachte, für rechtsverbindlich erklären würde. Sollten die Werftbesitzer diese ihre Androhung verwirklichen, so fallen alle Folgen wie die volle Verantwortung für ein solches Vorgehen auf die Werftbesitzer selbst zurück. Die Werftbesitzer wie ihre Organisationsvertreter haben sich immer bemüht, über strittige Lohnfragen eine Verständigung zu erzielen. Sie haben ein Recht darauf, die ihnen durch Schiedsspruch wiederholt zuerkannten Lohnsätze zu beanspruchen, um so mehr, da dem Schiedsgericht im Einverständnis mit den Werftbesitzern die strittige Lohnfrage zur Entscheidung unterbreitet wurde. Die Werftarbeiterkonferenz weist die Werftarbeiter aller Orte auf das planmäßige Vorgehen der Werftbesitzer und auf die den Werftarbeitern drohenden Gefahren hin.

Schönböken. Der Sozialdemokratische Verein hielt am 31. Dezember seine Mitgliederversammlung mit nachfolgender Silvesterfeier ab. Die Versammlung war leider schlecht besucht. Genosse Schnoor wies auf den Bezirksparteitag in Schwerin hin. Für Schönböken wurde der Genosse Hilpert als Delegierter gewählt. Zum Jahreswechsel hielt Genosse Schnoor noch eine Ansprache und gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß der Volksentscheid zu unserem Wohle ausfallen möge.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Distriktführer! Sonnabend abend 6 Uhr: Flugblätter abholen im Parteisekretariat.

2. Distrikt. Heute Freitag, 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus. (10170) Rose.

Stadttheater. Sonnabend nachmittag 3 Uhr Wiederholung des Märchens: „Das gewandelte Teufelchen", abends für die Volksbühne: „Die Fledermaus". Sonntag 11 Uhr: Oeffentliche Hauptprobe zum Sinfoniekonzert. Die Intendanz hat, um allen Freunden plattdeutscher Volksart entgegenzukommen, die Niederdeutsche Bühne Hamburg, die sich in Lübeck bereits sehr viele Anhänger ihrer Kunst erworben hat, erneut für verschiedene Gastspiele verpflichtet. So findet am Sonntag, dem 6. Januar, nachmittags 3 Uhr, als Lübecker Erstaufführung die Vorstellung eines niederdeutschen Schauspiels von Hermann Boßdorf: „Schane Hagenah" statt. Am 13. Januar geht „Theedje und sin Liek", een Possenspel von Ernst Bilk, in Szene.

Hansa-Theater. Täglich 7½ Uhr gelangt die komische Volksoperette: „Der fidele Bauer" zur Aufführung. Auf die am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, stattfindende Kindervorstellung „Hänsel und Gretel" zu ganz kleinen Preisen sei ganz besonders hingewiesen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Der Erste Bürgermeister Dr. Diestel ist Donnerstag an den Folgen eines Schlaganfalles verstorben. — Als Ende 1918 die Staatsumwälzung vor sich gegangen war und im Januar 1919 die Hamburger sozialdemokratische Arbeiterschaft die Neuregelung der staatlichen Verhältnisse auf demokratischer Grundlage erkämpft hatte, war es für die beiden Koalitionsparteien, die sozialdemokratische und die demokratische Fraktion, selbstverständlich, daß Senator Dr. Diestel zu den alten Senatoren gehören müßte, die im Amt blieben. Er hat das damals in ihn gesetzte Vertrauen stets gerechtfertigt. Er stellte nicht nur seine außerordentliche Erfahrung und seine fabelhafte Arbeitskraft in den Dienst der neuen Regierung, sondern er hat sich stets auch politisch durchaus loyal auf den Standpunkt der neuen Zeit, der demokratisch-republikanischen Regelung der Dinge im Reich gestellt. Und immer, wenn der jungen, deutschen demokratischen Republik von irgend einer Seite Gefahr drohte, drängte es Bürgermeister Diestel, für die deutsche Republik einzutreten. Er tat es beim Kapp-Putsch von der Senatsstube der Bürgerschaft in entschlossener und freimütiger Weise und er hat es in Kundgebungen an die Reichsregierung und an die hamburgische Bevölkerung jüngst wieder getan, als in Pommern und Brandenburg die Nationalisten putschten, und in Bayern die Hitler und Ludendorff gegen das Reich rebellierten.

Gewerkschaften.

Scharfmacherei auch in Dänemark. Der Hauptvorstand der Dänischen Arbeiterverbände hat auf seiner neulich abgehaltenen Sitzung eine Entschließung angenommen, in der er sich in Hinsicht auf die bevorstehenden Tarifvertragserneuerungen gegen jede Lohnerhöhung ausspricht. Einer Erhöhung der Löhne könne nur dann zugestimmt werden, wenn die Arbeiter zur Verlängerung der Arbeitszeit bereit seien und das Festhalten am Achtstundentag aufgeben.

Gebr. Hirschfeld

Breite Straße 39–41.

Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion

Morgen Sonnabend, den 5. Januar, beginnt unser großer

Inventur-Ausverkauf

Der Verkauf aller Bestände der Sommer- und Wintersaison erfolgt ohne Rücksicht auf den Wert zu

10186

sehr billigen herabgesetzten Preisen

Karstadt

Unser „Inventur-Ausverkauf“ beginnt Montag, den 7. Januar.

Amtlicher Teil

Umsatzsteuer.

Die Umsatzsteuer-Vorauszahlungen für den Monat Dezember oder bei vierteljährlichen Vorauszahlungen für das IV. Vierteljahr 1923 sind bis zum 10. Januar d. Js. zu entrichten. Sie sind auf Goldmark wie folgt zu berechnen:

1. Sind während des ganzen Monats Dezember oder bei Vierteljahrszahlungen während des ganzen IV. Vierteljahres 1923 Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt worden, so ist die Steuer nach dem sich hieraus ergebenden Goldmark-Umsatz zu berechnen.
2. Sind Bücher auf wertbeständiger Grundlage nicht oder nur teilweise geführt, so ist der Gesamtumsatz zunächst in Papiermark auszudrücken und
   a) bei Vorauszahlungen für den Monat Dezember 1923 durch 1 Billion;
   b) bei Vorauszahlungen für das IV. Vierteljahr 1923 durch fünfhundertundzwei Milliarden

   zu teilen.
3. Sind Bücher überhaupt nicht oder nicht ordnungsmäßig geführt worden, so ist der Gesamtumsatz im Dezember oder im IV. Vierteljahr 1923 in Goldmark zu schätzen. (10177

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck Abt. Ia.

Sprechstunden des Vormundschaftsrichters fortan täglich 10—11½ Uhr, außer Montags und Donnerstags.

Der Rechtsanwalt Erich **Oppermann** in Lübeck ist zum Notar ernannt und als solcher heute vereidigt. Lübeck, 2. 1. 24. Landgericht, Zivilkammer. (10180

Nichtamtlicher Teil

Am 30. Dez. 1923 entschlief sanft u. unerwartet unser liebe g. Tochter u. Schwester

Elisabeth Kraus

Tief betrauert von den Ihrigen.

Joach. Kraus u. Fam.
Lübeck, Ritterstr. 4a.

Die Einäscher. hat in aller Stille stattgefunden. (10173

Junges Mädchen

im Alter bis zu 18 Jahren für die Mittagszeit von 12½—3 Uhr gesucht.

Frau **Henry Erdmann,** (10169) Schützenstr. 61 II.

Suche e. 3-Z.-Wohn. e. e. 2-Zim.-Wohn. z. tausch (10183) Vorbeckstr. 8a, II.

3-Zim.-Wohnung gegen 2-Zimm.-Wohn. zu vert. (10199) Blanckstr. 20a, II.

Verl. w.-grauer Kindervelz (Kan.) v. Waisenhofstr.—Baracken b. abgeben (10171) Weithofstr. 39 pt.

Allgemeine Ortskrankenkasse Lübeck.

Nach Wegfall der Notbeiträge betragen die Beiträge vom 1. Jan. 1924 ab 8 % des Grundlohns, nämlich in den Stufen

2	3	4	5	6	7
12	24	45	66	90	111 ₰
8	9	10	11	12	
135	156	180	201	225	
13	14				
279	336 ₰				

Lübeck, d. 4. Jan. 1924.
(10189) **Der Vorstand.**

Gr. Fell-Schaukelpferd u. Kn.-Stiefel z. verk. Gr. 25 **Freitag,** (10179 Siedlung Schwartzeder Landstr. 24 I.

Stadthallen Restaurant
Täglich
von 12—2 Uhr:
Guter bürgerlicher Mittagstisch
ab 6 Uhr: (10175
Speisen v. d. Pfanne.
Reichhaltige Speisekarte.
Cort Hanschen.

FELLE
Rind- Kalb- Schaf- Ziegen- | Rehe- Hasen- Kanin- Katzen-
sow. alle anderen Felle u.
HAARE
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner
Dankwartsgrube 26.
Holstenstraße 8. (10161
Fernsprecher 3414.

Guterh. Jungl.-Mantel, guterh. 2fl. Gasherd z. vk. (10197) Friedenstr. 62, II.

Bringen Sie Ihre **kranke Uhr** zum billigen Uhrmacher. (10187) **Hundestr. 32.**

Reiner Kakao
¼ ℔ 30, 40, 50 Pfg.
Getr. Pflaumen
℔ 33 Pfg.
Gr. Erbsen
℔ 30 Pfg.
Weiße Bohnen
℔ 30 Pfg.
Haferflocken
℔ 22 Pfg. (10185
Weißes Mehl
℔ 15 ₰, 10 ℔ 1,40 M.
Amerik. Mehl
℔ 18 ₰, 10 ℔ 1,70 M.
Sirup
℔ 40, 45, 50 Pfg.
Eduard Speck,
Hügstraße 80/84.

Pa. fr. Kalbfleisch
Pfd. 60 Pfg.
Pa. Kalbskeule
Pfd. 70 Pfg.
Pa. dickf. Ochsenfl.
Pfd. 60 Pfg.
Pa. Rollfl. u. Beefsteak
Pfd. 90 Pfg.
Pa. dickf. Schweinefleisch
Pfd. 1.10 Mk.
Pa. fett. u. dchw. Speck
Blasenschmalz
Talg und Schmalz.
Karl Möller,
Wickedestraße 44.
Tel. 2336. (10193

Ia. Mischobst
℔ 85 ₰
Entkoch. Erbsen ℔ 28 ₰
Geschälte „ ℔ 32 ₰
Weiße Bohnen ℔ 30 ₰
Pflaumen . . . ℔ 33 ₰
Haferflocken
℔ 22 ₰, 5 ℔ 105 ₰
Weizenmehl
℔ 15 ₰, 5 ℔ 70 ₰
gem. Zucker
℔ 45 ₰, 5 ℔ 220 ₰
Margarine
℔ 55, 60, 70 ₰
Ia. gebr. Kaffee ℔ 210 ₰
Reiner Kakao ℔ 135 ₰
Friedrich Trosiener,
Mühlenstr. 87. (10192

Billiges Angebot!

Kornkraft	℔ 30 ₰	Persil	Pak. 50 ₰
Kornbrand	℔ 25 ₰	Vixin	Pak. 35 ₰
Kathreiner	℔ 30 ₰	Bl.-Soda	Pak. 22 ₰
Roggenkaffee	℔ 18 ₰	Schwaan	Pak. 50 ₰
Gerstenkaffee	℔ 18 ₰	Bohnermasse in	
Cichorien	½ ℔ 18 ₰	1-℔-Dos. Ia. Ware	60 ₰
Weizenmehl	℔ 16 ₰	Zündhölzer	Pak. 32 ₰
Haferflocken	℔ 22 ₰	Lichte, 8 im Pak.	64 ₰
Voll-Reis	℔ 22 ₰	Hoffm.-Stärk	Pk. 25 ₰
Kunsthonig	℔ 55 ₰	Kristall-Soda	℔ 10 ₰

Gebr. Wulf, Hüxstr. 12.

Am Sonnabend, den 5. Januar, beginnt mein diesjähriger großer

Inventur-Ausverkauf!

Bedeutende Preisermäßigungen in allen Abteilungen.

Sport-Kostüme	aus Donegalstoffen, Jacke auf Seidenserge, sonst 38.50 jetzt	19.50
Cheviot-Kostüme	reine Wolle, marineblau mit Tressengarn., sonst 29.50 jetzt	26.50
Flausch-Jacken	offen u. geschlossen zu tragen, flotte Form, sonst 38.50 jetzt	19.50
Sport-Jacken	aus guten Stoffen mit breitem Gürtel, . . . statt 32.50 jetzt	15.50
Kleider-Röcke	reinw. Stoff mit Falten und Knopfgarnit. früher 15.50 jetzt	5.95
Strick-Jumper	reine Wolle mit Schalkragen . . . . . sonst 12.00 jetzt	6.95

Volle- u. Frotté-Kleider
in verschiedenen Macharten.
Früher bis 29.50 jetzt 14.80 12.50 9.50 8.50

Trikot-Untertaillen	für Damen, ohne Aermel, ... sonst 2.50 jetzt	1.50
Kinder-Unterröcke	in Barchent, für 10 bis 13 Jahren, . statt 3.00 jetzt	1.95
Kragenschoner	in vielen verschiedenen Farben . . . . . sonst 2.75 jetzt	1.50
Herren-Garnituren	Vorhemd mit Manschetten farbig . . sonst 1,50 jetzt	75 ₰
Herren-Garnituren	Vorhemd u. Kragen, farbig . . . . . statt 1.50 jetzt	75 ₰

Kinder-Garnitur. Jacke, Hose, Mütze
für 2- und 3jährig statt 19.25 jetzt 12.00 — für 4jährig statt 20.25 jetzt 13.00

Damenstrümpfe	schwarz, verstärkte Ferse und Spitze. . . . . sonst 65 ₰ jetzt	48 ₰
Damenstrümpfe	farbig, mit verst. Ferse und Spitze. . . . . sonst 95 ₰ jetzt	60 ₰
Damen-Westen	schwarz ohne Aermel früher 3.50 jetzt	2.50
Damen-Westen	schwarz, weitmaschig gestrickt sonst 2,50 jetzt	1.75
Krawatten	in verschieden. Mustern jetzt Stück	25 ₰

Pikee	weiß, 80 cm breit, warme dicke Qualität sonst 1.80 . . . . . jetzt	88 ₰
Inlett	rot, echtfarbig und federdicht, 140 cm br., sonst 3.70 . . . . . jetzt	2.95

Popeline m. Seidenstreif. 2.95
verschiedene Farben, 100 cm breit, jetzt Meter

Unterbett-Inlett	grau-rot gestreift, federdicht sonst 3.10 . . . . . jetzt	2.25
Batikatlun	geblümt, in guter Qualität, 140 cm breit, sonst 2.45 . . . . . jetzt	1.95
Schürzenstoff	gestreift, waschechte Qualität, 116 cm breit, sonst 1.80 . jetzt	1.45
Rockstreifen	und Schotten, reine Wolle, 105 cm breit, sonst 6.25 . . . . . jetzt	4.95

Schürzen in Wien. Form 1.95
aus hübschen bunten Stoff . . . statt 2.65 jetzt

Damenhemden	mit Träger und Stickerei sonst 3.85 . . . . . jetzt	2.95
Beinkleid	Knieform mit Hohlsaum, sonst 2.95 . . . . . jetzt	2.25
Frauenhemden	mit Languette, starke Qualität sonst 4.00 . . . . . jetzt	3.25
Nachtjacken	weiß Pikee mit Kragen, statt 4.00 . . . . . jetzt	3.25

Unterröcke mit breiter Stickerei 2.25
in guter Qualität . . . . . statt 3.95 jetzt

Nachthemden	Seitenschluß mit Hohlsaum statt 5.30 . . . . . jetzt	4.50
Untertaillen	mit reicher Stickerei, sonst 2.50 . . . . . jetzt	1.50

Burschen-Anzüge	a. gesprenk. Stoffen gute Verarb. sonst 29.50 jetzt	16.50
Burschen-Anzüge	dunkle kräft. Qual. mod. Form . statt 36.50 jetzt	26.50
Herren-Anzüge	aus tragfähigen Stoffen, in mittelfarbig, sonst 49.50 jetzt	29.50
Herren-Anzüge	gute solide Qualität, mod. Macharten, sonst 52.50 jetzt	32.50
Herren-Paletots	schwarz mit Saratkragen, 1- u. 2reihig, statt 54.50 jetzt	38.50
Herren-Schlüpfer	prima Qualität, Ersatz für Maß sonst 64.00 jetzt	49.50

Knaben-Anzüge
Norfolkform, aus kräftigen Stoffen

Gr. 2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
7.95	8.25	8.60	9.00	9.50	9.95	10.35	10.80	11.25	11.80

Normalhemden	wollgemischte Qualität . . . . . sonst 3.50 jetzt	2.95
Normalhemden	prima Qualität, Doppelbrust . . . . . sonst 4.25 jetzt	3.75
Einsatzhemden	makofarbig, helle Einsätze . . . . . sonst 4.25 jetzt	3.50
Unterhosen	patentgestrickt, schwere Ware . . . . . sonst 3.50 jetzt	2.95
Männerhemden	hell gestreift, Barchent . . . . . statt 4.50 jetzt	3.95

Herren-Stiefel in Roßbox u. Spaltleder . . . . . statt 12.50 jetzt 8.50

Spangenschuhe	schwarz, in Rindbox . . . . . sonst 11.25 jetzt	6.95
Spangenschuhe	braun, Einzelpaare . . . . . statt 11.25 jetzt	8.50
Herrenstiefel	Fahlleder, mit Kappe . . . . . sonst 16.75 jetzt	11.50
Damenstiefel	Roßbox, Derbyschnitt . . . . . statt 10.— jetzt	6.95
Damenstiefel	Rindbox, Blattschnitt, gute Qual. . . . . sonst 10.95 jetzt	7.50

Auf alle reguläre Damen- u. Herren-Konfektion gewähre ich während der Ausverkaufstage **10% Rabatt.**

Hans Struve Lübeck

Rendsburg — Neumünster — Itzehoe.

Aus meiner Preisliste!

Gem. Zucker ℔ 42 ₰ — 10 ℔ M 4.—
Haferflocken . . . . . ℔ 24 ₰
grüne Seife (Kristall) . . . ℔ 54 ₰
Kernseife (Doppelriegel 100 gr) 27 ₰ — 4 Riegel M 1.—
ff. Margarine . . . . . ℔ 58 ₰
Kunsthonig . . . . . ℔ 58 ₰

J. H. Drews (10167
Kanalstraße 27a (Ecke Meierstraße)

Kohlen
Kois
Briketts
Grude
Braunkohlen
Holz
empfiehlt frei Haus und ab Lager
Hans Lübcke
Wickedestr. 33-35.
Telephon 2378.

Zentral-Theater

Nur noch bis Dienstag:

Maciste und die chinesische Truhe.
Ein Abenteuer unseres starken Freundes in 6 Riesenakten.

Lachendes Weinen
Eine Episode aus dem Malerleben in 5 Akten. — Hauptdarsteller: Carl de Vogt :: Cläre Lotto.

Der Pechvogel,
Lustspiel in 1 Akt. (10167

Unser diesjähriger großer
Saison-Ausverkauf
beginnt am Sonnabend, den 5. Januar.
10% Rabatt
nur während des Ausverkaufs auf alle nicht zurückgesetzten Waren
Fensterpreise netto.
Herren- und Knaben-Garderoben, eleg. Damenmäntel, Kleiderstoffe, Bettinlett, Bodenlinoleum, Gardinen, starke und elegante Schuhwaren, Schaftstiefel, Pantoffel usw. (10168
Beachten Sie unsere wirklich billigen Schaufensterpreise.
Kaufen Sie jetzt. Nutzen Sie die günstige Gelegenheit aus.
Reste-Abschnitte usw. extra billig.
5 große Schaufenster.
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Berliner u. Lübecker Anzeiger

(10182) Oeffentliche
Wähler-Versammlungen.
Sonnabend, d. 5. Januar
abends 6½ Uhr
in **Kücknitz,** Lokal des Herrn Dieckelmann.
Redner: **Aug. Haut,** M. d. B.
in **Siems,** Lokal des Herrn Schwarz,
abends 7½ Uhr.
Redner: **G. Reisberger,** M. d. B.
in **Schönböcken,** Gasthof z. Landhaus.
Redner: **R. Göhr,** M. d. B.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Der Volksentscheid.
Der Wahlaufruf der sozialdem. Partei.

Quartett Halle v. 1903. (10178
Versammlung
am Sonnabend, d. 5., abends 8½ Uhr, bei **Paul Richter.**

Fledermaus 8 Uhr.

S.-V. Victoria v. 08. (10165
General-Versammlung
statt Freitag, 4. Januar, am Freitag, 11. Januar, 8 Uhr, im Restaurant Westendorf. Vorstandssitzung am Montag, dem 7. Jan., 8 Uhr. Geschäftsstelle

---

Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer. (1019
Geschäftsstelle Lübeck.
Unsere Mitgliederversammlung am Sonnabend, dem 5. Januar, findet nicht statt.
Die Ortsverwaltung.

Nur im Biophon:
Sensationslustspiel in 5 Akten.
1) **Der lebende Tote**
nach dem Roman von Gaston Leroux.
In der Hauptrolle: **Kamilla Hollay.**
Amerikanischer Sittenfilm in 6 Akten.
2) **In den Schneewüsten von Alaska.**
Spannend, tief ergreifend.
Die Hauptdarstellerin: **Kay Laurell.**
3) **Eine Einlage.** (10166

Deutscher
Eisenbahner-Verband.
Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Montag, d. 7. Jan. abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Die allgemeine Lage. Ref.: Fr. Scheffel, Berlin.
2. Freie Aussprache.
3. Verbandsangelegenheit. (10168
Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 10169

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr:
Der fidele Bauer.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen.
Das beliebte Märchen
„Hänsel u. Gretel".
(10184)

Stadttheater Lübeck.
Sonnabend, 3 Uhr: **Das gewandelte Teufelchen.**
7,30 Uhr: Volksbühne **Die Fledermaus.**
Sonntag, 3 Uhr: Niederdeutsche Bühne Hamburg: **Schaue Dagenah.**
7 Uhr: **Tannhäuser.**
Hebung der Abonnementsgelder für die Niederd. Bühne u. Sinfoniekonzerte Freitag u. Sonnabend von 3 bis 6 Uhr an der Theaterkasse. (10174

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom kwh 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (10176